Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
AB — 31109 — 6489/61 IV

Bonn, den 6. Februar 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag vom 18. März 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und griechischer Sprache sowie eine Denkschrift zu dem Vertrage sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 240. Sitzung am 2. Februar 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag vom 18. März 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. März 1960 unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland, dem Protokoll und den Briefwechseln vom selben Tag wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 30 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da die Artikel 12 und 17 des Vertrages sich auch auf Steuern beziehen, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 30 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, werden dem Bund, den Ländern oder Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland

Συνθήκη Ἐγκαταστάσεως καὶ Ναυτιλίας μεταξὺ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος καὶ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER HELLENEN

von dem Wunsche geleitet, die Stellung ihrer Staatsangehörigen, die sich im Gebiet des anderen Staates befinden, ebenso wie Fragen der Seeschiffahrt entsprechend den zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu regeln, sind übereingekommen, einen Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Albert Hilger van Scherpenberg,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts,

Seine Majestät Der König der Hellenen
Herrn Thomas Ypsilanti,
Königlich Griechischer Botschafter in Bonn,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

1. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates die Einreise in sein Gebiet und den Aufenthalt zu erleichtern.

2. Den Staatsangehörigen eines Vertragsstaates werden nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen die Einreise, der vorübergehende und der längere oder dauernde Aufenthalt in dem Gebiet des anderen Vertragsstaates gestattet, sofern nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit, der Volksgesundheit oder der Sittlichkeit entgegenstehen.

Artikel 2

1. Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, dürfen nur ausgewiesen werden, wenn sie die Sicherheit des Staates gefährden oder gegen die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstoßen. Die gleichen Grundsätze finden auf die Nichterneuerung, die Nichtverlängerung oder den Entzug der Aufenthaltserlaubnis Anwendung.

2. Sofern nicht zwingende Gründe der Sicherheit des Staates es erfordern, dürfen die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, nur ausgewiesen werden, wenn ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, Gegenvorstellungen zu erheben, ein Rechtsmittel einzulegen und sich zu diesem Zweck vor einer zuständi-

Ὁ ΒΑΣΙΛΕΥΣ ΤΩΝ ἙΛΛΗΝΩΝ
καὶ
Ὁ ΠΡΟΕΔΡΟΣ ΤΗΣ ὉΜΟΣΠΟΝΔΙΑΚΗΣ
ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ

Ἐν τῇ ἐπιθυμίᾳ των νὰ ῥυθμίσουν τὴν θέσιν τῶν ὑπηκόων αὐτῶν οἵτινες εὑρίσκονται ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἑτέρου Κράτους ὡς καὶ ζητήματα ναυτιλιακά, συμφώνως πρὸς τὰς μεταξὺ τῶν δύο Κρατῶν ὑφισταμένας φιλικὰς σχέσεις καὶ πρὸς προαγωγὴν τῆς οἰκονομικῆς αὐτῶν συνεργασίας, συνεφώνησαν νὰ συνάψουν Συνθήκην Ἐγκαταστάσεως καὶ Ναυτιλίας.

Πρὸς τὸν σκοπὸν τοῦτον ὥρισαν

Ἡ Αὐτοῦ Μεγαλειότης ὁ Βασιλεὺς τῶν Ἑλλήνων
τὸν Κύριον ΘΩΜΑΝ ΥΨΗΛΑΝΤΗΝ
Πρέσβυν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἐν Βόννῃ

Ὁ Πρόεδρος τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας
τὸν Κύριον Δρα ALBERT HILGER VAN SCHERPENBERG
Ὑφυπουργὸν τοῦ Ὑπουργείου Ἐξωτερικῶν

οἵτινες ἀνακοινώσαντες ἀμοιβαίως τὰ πληρεξούσια αὐτῶν ἔγγραφα, εὑρεθέντα ἐν νομίμῳ τύπῳ, συνεφώνησαν ἐπὶ τῶν ἀκολούθων:

Ἄρθρον 1ον

(1) Ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀναλαμβάνει τὴν ὑποχρέωσιν ὅπως διευκολύνῃ εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους τὴν εἴσοδον καὶ παραμονὴν εἰς τὸ ἔδαφός του.

(2) Ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῶν ἰσχυουσῶν διατάξεων ἡ εἴσοδος, ἡ προσωρινὴ καὶ ἡ μακροτέρα ἢ μόνιμος διαμονὴ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν θὰ ἐπιτρέπεται εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑτέρου σνμβαλλομένου Κράτους ἐφ᾽ ὅσον δὲν ἀντιτίθενται εἰς τοῦτο λόγοι δημοσίας τάξεως, ἀσφαλείας, δημοσίας ὑγείας ἢ χρηστῶν ἠθῶν.

Ἄρθρον 2ον

(1) Οἱ ὑπήκοοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἱ διαμένοντες κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου Κράτους δὲν θὰ δύνανται νὰ ἀπελαθοῦν ἢ μὴ μόνον ἐὰν προσβάλλουν τὴν ἀσφάλειαν τοῦ Κράτους ἢ ἔχουν προσβάλει τὴν δημοσίαν τάξιν ἢ τὰ χρηστὰ ἤθη. Αἱ αὐταὶ ἀρχαὶ ἐφαρμόζονται καὶ ἐπὶ μὴ ἀνανεώσεως, μὴ παρατάσεως καὶ ἀφαιρέσεως τῆς ἀδείας παραμονῆς.

(2) Ἐκτὸς ἐὰν ἐπιτακτικοὶ λόγοι θίγοντες τὴν ἀσφάλειαν τοῦ Κράτους ἀπαιτοῦν τοῦτο οἱ ὑπήκοοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, οἵτινες διαμένουν κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, δὲν δύνανται νὰ ἀπελαθοῦν εἰ μὴ μόνον ἀφοῦ γίνουν δεκτοὶ ὅπως ὑποστηρίξουν τοὺς λόγους οὓς δύνανται νὰ ἐπικαλεσθοῦν ἐναντίον τῆς ἀπελάσεως των, ὅπως ὑποβάλουν προσφυγὴν καὶ ἐκπροσωπηθοῦν πρὸς τοῦτο ἐνώπιον

gen Behörde vertreten zu lassen. Das gleiche gilt für die Versagung der Erteilung oder Verlängerung oder den Entzug der Aufenthaltserlaubnis.

3. Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die seit mehr als fünf Jahren ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, dürfen nur aus Gründen der Sicherheit des Staates oder wenn die übrigen im Absatz 1 aufgeführten Gründe besonders schwerwiegend sind, ausgewiesen werden.

4. Der ordnungsmäßige Aufenthalt der Staatsangehörigen eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates gilt als nicht unterbrochen, wenn sie dieses Gebiet aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grund verlassen.

Artikel 3

1. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit. Die Rechtsordnung des anderen Vertragsstaates darf sie nicht in eine Lage versetzen, die hinsichtlich des Schutzes ihrer Person weniger günstig ist als diejenige, die für die Inländer des anderen Vertragsstaates besteht. Die beiden Vertragsstaaten werden keine Bestimmungen erlassen, die besondere Beschränkungen, Auflagen oder Belastungen für die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates enthalten.

2. Im Falle der Verhaftung oder Festnahme eines Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates ist der Staatsangehörige menschlich zu behandeln, unverzüglich nach Maßgabe der geltenden Gesetze von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen oder den Gründen, die zur Festnahme geführt haben, in Kenntnis zu setzen und sobald wie möglich vor ein Gericht zu stellen. Er kann alle für seine Verteidigung notwendigen und angemessenen Hilfsmittel, insbesondere die Dienste eines Anwalts seiner Wahl und eines Dolmetschers, in Anspruch nehmen.

3. Sobald ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates von Behörden des anderen Vertragsstaates verhaftet oder festgenommen worden ist, ist der nächste konsularische Vertreter seines Landes unverzüglich von der Maßnahme zu unterrichten. Der konsularische Vertreter hat das Recht, so oft es ihm erforderlich erscheint, den Staatsangehörigen zu besuchen und in brieflicher Verbindung mit ihm zu bleiben. Die Besuche und der Briefverkehr müssen im Rahmen der für die Haftanstalt geltenden Vorschriften erfolgen, in der der Staatsangehörige in Gewahrsam gehalten wird. Die beiden Vertragsstaaten sind sich jedoch darin einig, daß derartige Vorschriften dem konsularischen Vertreter angemessene Möglichkeiten des Zuganges zu dem Staatsangehörigen und der Rücksprache mit ihm gewähren müssen.

Artikel 4

1. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates unterliegen gegenüber dem anderen Vertragsstaat keiner Wehrdienstpflicht, auch dürfen sie nicht zum Eintritt in bewaffnete oder militarisierte Verbände gezwungen werden, die der andere Vertragsstaat innerhalb oder außerhalb seines Gebietes aufstellt.

2. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates sind im Gebiet des anderen Vertragsstaates von allen öffentlichen Dienstleistungspflichten befreit, sofern es sich nicht um allgemeine zivile Dienstleistungen handelt, die zum Schutze der Zivilbevölkerung einschließlich der Abwehr von Naturkatastrophen vorgesehen sind. Die Befreiung erstreckt sich auch auf Zwangsbeiträge, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden.

3. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung in bezug auf öffentliche Sachleistungspflichten, wie Requisitionen, zeitweilige Inbesitznahmen und

τῆς ἁρμοδίας ἀρχῆς. Ἡ διάταξις αὕτη ἐφαρμόζεται ὁμοίως εἰς περίπτωσιν ἀρνήσεως τῆς χορηγήσεως ἢ τῆς παρατάσεως τῆς ἀδείας παραμονῆς ἢ ἀνακλήσεως αὐτῆς.

(3) Οἱ ὑπήκοοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἱ διαμένοντες κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους πλέον τῶν 5 ἐτῶν δὲν δύνανται νὰ ἀπελαθοῦν εἰμὴ μόνον ἐὰν ὑφίστανται λόγοι θίγοντες τὴν ἀσφάλειαν τοῦ Κράτους ἢ ἐὰν οἱ λοιποὶ λόγοι οἱ ἀναφερόμενοι εἰς τὴν παράγραφον 1 ἐνέχουσι χαρακτῆρα ἰδιαιτέρας σοβαρότητος.

(4) Ἡ κανονικὴ διαμονὴ τῶν ὑπηκόων ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους δὲν δύναται νὰ θεωρηθῇ ὡς διακοπεῖσα ἐκ τοῦ γεγονότος ὅτι οὗτοι ἐγκαταλείπουν τὸ ἔδαφος τοῦτο διὰ λόγους προσωρινῆς φύσεως.

Ἄρθρον 3ον

(1) Οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀπολαμβάνουν προστασίας καὶ ἀσφαλείας εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Ἡ ἔννομος τάξις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους δὲν δύναται νὰ θέσῃ αὐτοὺς εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ τὴν προσωπικήν των προστασίαν, εἰς θέσιν ὀλιγώτερον εὐνοϊκὴν ἐκείνης ἣν κατέχουν οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη δὲν θὰ ἐκδώσουν διατάξεις αἵτινες θὰ περιλαμβάνουν εἰδικοὺς περιορισμούς, ὅρους ἢ ἐπιβαρύνσεις διὰ τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

(2) Ἐν περιπτώσει συλλήψεως ἢ κρατήσεως ὑπηκόου τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὁ ὑπήκοος θὰ τυγχάνῃ ἀνθρωπιστικῆς μεταχειρίσεως. θὰ λαμβάνῃ γνῶσιν συμφώνως πρὸς τοὺς ἰσχύοντας Νόμους καὶ ἄνευ βραδύτητος τῶν βαρυνουσῶν αὐτὸν κατηγοριῶν ἢ τῶν αἰτίων τῆς συλλήψεως καὶ θὰ παραπέμπεται κατὰ τὸ δυνατὸν ταχύτερον ἐνώπιον δικαστηρίου. Θὰ δύναται νὰ χρησιμοποιῇ ὅλα τὰ ἀναγκαῖα καὶ κατάλληλα μέσα ὑπερασπίσεως, ἰδίᾳ νὰ χρησιμοποιῇ τὰς ὑπηρεσίας δικηγόρου τῆς ἐκλογῆς του καὶ διερμηνέως.

(3) Εὐθὺς ὡς ὑπήκοος τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν συλληφθῇ ἢ κρατηθῇ ὑπὸ τῶν ἀρχῶν τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὁ πλησιέστερος προξενικὸς ἀντιπρόσωπος τῆς χώρας του δέον νὰ εἰδοποιῆται ἀμέσως περὶ τοῦ μέτρου. Ὁ προξενικὸς ἀντιπρόσωπος ἔχει τὸ δικαίωμα νὰ ἐπισκέπτεται τὸν ὑπήκοον ὅσον συχνὰ κρίνει τοῦτο ἀναγκαῖον καὶ νὰ ἀλληλογραφῇ μετ᾽ αὐτοῦ. Αἱ ἐπισκέψεις καὶ ἡ ἀλληλογραφία δέον νὰ πραγματοποιῶνται ἐντὸς τοῦ πλαισίου τῶν ἰσχυουσῶν διατάξεων εἰς τὸ ἵδρυμα ἐντὸς τοῦ ὁποίου κρατεῖται οὗτος. Πάντως τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη συμφωνοῦν ὅτι τοιαῦται διατάξεις δέον νὰ παρέχουν εἰς τὸν προξενικὸν ἀντιπρόσωπον τὴν ἁρμόζουσαν δυνατότητα νὰ ἐπισκέπτεται τὸν ὑπήκοόν του καὶ νὰ συζητῇ μετ᾽ αὐτοῦ.

Ἄρθρον 4ον

(1) Οἱ ὑπήκοοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν ὑπόκεινται εἰς οὐδεμίαν στρατιωτικὴν ὑποχρέωσιν ἔναντι τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Δὲν ὑποχρεοῦνται ἐπίσης νὰ κατατάσσωνται εἰς ἐνόπλους ἢ παραστρατιωτικοὺς σχηματισμοὺς καταρτιζομένους ὑπὸ τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐντὸς ἢ ἐκτὸς τοῦ ἐδάφους του.

(2) Οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀπαλλάσσονται πάσης παροχῆς ὑποχρεωτικῆς καὶ δημοσίας ὑπηρεσίας ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐκτὸς ἐὰν πρόκειται περὶ πολιτικῶν γενικῶν παροχῶν προβλεπομένων διὰ τὴν προστασίαν τοῦ πολιτικοῦ πληθυσμοῦ, περιλαμβανομένης τῆς προλήψεως καταστροφῶν προερχομένων ἐκ τῆς φύσεως. Ἡ ἀπαλλαγὴ ἐπεκτείνεται ἐπίσης εἰς τὰς ὑποχρεωτικὰς εἰσφορὰς τὰς τιθεμένας διὰ τὴν ἀπαλλαγὴν ἀπὸ τῆς παροχῆς τῶν προσωπικῶν ὑπηρεσιῶν.

(3) Ἡ Ἐθνικὴ μεταχείρισις θὰ παρέχεται εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ τὰς ὑποχρεωτικὰς καὶ δημοσίας εἰσφορὰς εἰς εἶδος ὡς ἐπιτάξεις, προσωρινὰς κα-

ähnliche Auflagen gewährt. Sie haben alle Garantien und Rechtsmittel, die den Inländern zustehen, sowie den Anspruch auf die gesetzlich vorgesehene Entschädigung.

4. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates stehen im Gebiet des anderen Vertragsstaates alle Hilfszuwendungen zu, die bei Naturkatastrophen oder ähnlichen Katastrophen den eigenen Staatsangehörigen aus hierfür bereitgestellten öffentlichen Mitteln gewährt werden.

5. Hinsichtlich des Transfers der Leistungen gemäß den vorstehenden Absätzen 3 und 4 wird ein Vertragsstaat die Angehörigen des anderen Vertragsstaates nicht weniger günstig behandeln, als Staatsangehörige eines dritten Staates.

6. Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 5 finden auf Gesellschaften entsprechende Anwendung.

7. Schiffe und Luftfahrzeuge unter der Flagge eines Vertragsstaates sind von Requisitionen seitens des anderen Vertragsstaates ausgeschlossen.

Artikel 5

1. Das Eigentum der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießt im Gebiet des anderen Vertragsstaates einen nicht geringeren Schutz, als durch die Gesetze des anderen Vertragsstaates dem Eigentum der Inländer gewährt wird. Dies gilt auch für behördliche Maßnahmen, Durchsuchungen, Überprüfungen und alle anderen Eingriffe; diese sind im übrigen so durchzuführen, daß sie die Beteiligten möglichst wenig beschweren.

2. Die beiden Vertragsstaaten verpflichten sich, für die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates keine besonderen Vorschriften oder Maßnahmen zu ergreifen, die deren Behandlung hinsichtlich bereits bestehender Beteiligungen an anderen Unternehmen in Form von Geldeinlagen oder in Form von jeder anderen vom Gesetz zugelassenen Einlage verschlechtern.

3. Das Eigentum von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates darf im Gebiet des anderen Vertragsstaates nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert des entzogenen Eigentums entsprechen, tatsächlich verwertbar sein und ohne unnötige Verzögerung geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

4. Die Enteignungsentschädigung ist hinsichtlich des Teiles frei transferierbar, der dem Wert des eingeführten Kapitals und solchen Erträgnissen entspricht, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften bis zum Zeitpunkt der Auszahlung der Enteignungsentschädigung hätten ausgeführt werden können, aber nicht ausgeführt worden sind.

5. Schiffe und Luftfahrzeuge unter der Flagge eines Vertragsstaates unterliegen keiner Enteignung durch den anderen Vertragsstaat.

Artikel 6

1. Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Zutritts zu allen Gerichten sowie zu allen Amtsstellen zum Schutze ihrer Rechte und Interessen Inländerbehandlung gewährt.

2. Soweit es sich um die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung vom Erfordernis der Sicherheitsleistung

ταλήψεις καὶ ἀναλόγους ἐπιβαρύνσεις. Ἔχουσι δικαίωμα πρὸς πάσας τὰς ἐγγυήσεις καὶ προσφυγὰς αἵτινες προβλέπονται διὰ τοὺς ἐντοπίους ὡς ἐπίσης καὶ εἰς τὴν ἀποζημίωσιν τὴν προβλεπομένην ὑπὸ τοῦ Νόμου.

(4) Οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν θὰ ἔχωσι δικαίωμα ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς πάσας τὰς βοηθείας τὰς παρεχομένας εἰς τοὺς ἐντοπίους καὶ προερχομένας ἐκ τῶν δημοσίων κεφαλαίων, ἐν περιπτώσει καταστροφῶν προερχομένων ἐκ τῆς φύσεως ἢ ἀναλόγων καταστροφῶν.

(5) Ὅσον ἀφορᾷ τὴν ἐξαγωγὴν τῶν παροχῶν συμφώνως πρὸς τὰς παραγράφους 3 καὶ 4 ἓν συμβαλλόμενον Κράτος δὲν θὰ μεταχειρισθῇ τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὀλιγώτερον εὐνοϊκῶς τῶν ὑπηκόων τρίτου Κράτους.

(6) Αἱ διατάξεις αἱ προβλεπόμεναι εἰς τὰς παραγράφους 2 ἕως 5 ἐφαρμόζονται κατ' ἀναλογίαν εἰς τὰς Ἑταιρείας.

(7) Τὰ ὑπὸ τὴν σημαίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν πλοῖα καὶ ἀεροσκάφη δὲν δύνανται νὰ ἐπιταχθῶσιν ἐκ μέρους τοῦ ἑτέρου Κράτους.

Ἄρθρον 5ον

(1) Ἡ ἰδιοκτησία τῶν ὑπηκόων καὶ Ἑταιρειῶν τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀπολαύει ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους προστασίας οὐχὶ μικροτέρας ἐκείνης ἥτις παρέχεται εἰς τὴν ἰδιοκτησίαν τῶν ἰδίων αὐτοῦ ὑπηκόων ὑπὸ τῶν νόμων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Τοῦτο ἰσχύει ὁμοίως διὰ τὰ μέτρα τὰ λαμβανόμενα ὑπὸ τῶν ἀρχῶν, ἐρεύνας, ἐπαληθεύσεις καὶ πάσας τὰς λοιπὰς ἐπεμβάσεις, αἵτινες ἐπὶ πλέον δέον νὰ πραγματοποιῶνται κατὰ τρόπον δυσχεραίνοντα κατὰ τὸ δυνατὸν ὀλιγώτερον τοὺς ἐνδιαφερομένους.

(2) Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη ἀναλαμβάνουν τὴν ὑποχρέωσιν εἰς περιπτώσεις ὑπηκόων καὶ Ἑταιρειῶν τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ὅπως μὴ ἐκδίδουν εἰδικὰς διατάξεις, καὶ μὴ λαμβάνουν μέτρα διακρίσεως εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ τὴν συμμετοχήν των εἰς ἄλλας ἤδη ὑφισταμένας οἰκονομικὰς ἐπιχειρήσεις ὑπὸ τύπον ἐπενδύσεων ἢ πάσης ἄλλης εἰσφορᾶς ἀποδεκτῆς ὑπὸ τοῦ νόμου.

(3) Αἱ περιουσίαι τῶν ὑπηκόων καὶ τῶν Ἑταιρειῶν τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν δύνανται νά ἀπαλλοτριοῦνται ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰ μὴ μόνον διὰ λόγους δημοσίας ὠφελείας καὶ ἔναντι ἀποζημιώσεως. Ἡ ἀποζημίωσις δέον ν' ἀνταποκρίνεται εἰς τὴν ἀξίαν τῶν ἀπαλλοτριουμένων ἀγαθῶν, νὰ εἶναι ὄντως χρμσιμοποιήσιμος, καὶ νὰ καταβάλλεται ἄνευ ἀσκόπου ἀργοπορίας. Τὸ ἀργότερον μέχρι τῆς ἡμερομηνίας τῆς ἀπαλλοτριώσεως, τὰ μέτρα καθαρισμοῦ καὶ καταβολῆς τῆς ἀποζημιώσεως θὰ πρέπει νὰ ἔχουν δεόντως ληφθῇ. Τὸ νόμιμον τῆς ἀπαλλοτριώσεως καὶ τὸ ποσὸν τῆς ἀποζημιώσεως δέον νὰ δύναται νὰ ἐπαληθεύηται κατὰ τακτικὴν νόμιμον διαδικασίαν.

(4) Ἡ ἀποζημίωσις τῆς ἀπαλλοτριώσεως ἐξάγεται ἐλευθέρως καθ' ὃ μέρος ἀντιστοιχεῖ εἰς τὴν ἀξίαν τοῦ εἰσαχθέντος κεφαλαίου καὶ εἰς ἐκεῖνα τὰ κέρδη ἅτινα κατὰ τὰς διατάξεις τῆς ἐσωτερικῆς νομοθεσίας ἠδύναντο νὰ ἐξαχθοῦν μέχρι τοῦ χρονικοῦ σημείου τῆς καταβολῆς τῆς ἀποζημιώσεως τῆς ἀπαλλοτριώσεως ἀλλὰ δὲν ἐξήχθησαν.

(5) Τὰ ὑπὸ τὴν σημαίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν πλοῖα καὶ ἀεροσκάφη δὲν δύνανται νὰ ἀπαλλοτριωθοῦν ὑπὸ τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

Ἄρθρον 6ον

(1) Ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ἡ ἐθνικὴ μεταχείρισις θὰ παρέχεται εἰς τοὺς ὑπηκόους καὶ Ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ προσφυγὴν εἰς ἅπαντα τὰ δικαστήρια, ὡς ἐπίσης καὶ εἰς ἁπάσας τὰς κρατικὰς ὑπηρεσίας, πρὸς προστασίαν τῶν δικαιωμάτων καὶ συμφερόντων των.

(2) Ὡς πρὸς τὴν παραχώρησιν τοῦ εὐεργετήματος τῆς πενίας καὶ τὴν ἀπαλλαγὴν ἀπὸ τῆς ἐγγυοδοσίας διὰ τὰ δικαστικὰ

für die Prozeßkosten handelt, gilt das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts vom 11. Mai 1938.

ἔξοδα ἰσχύει ἡ Γερμανο-Ἑλληνικὴ Σύμβασις ἐπὶ τῆς δικαστικῆς συνδρομῆς ἐπὶ πολιτικῶν καὶ ἐμπορικῶν θεμάτων τῆς 11 Μαΐου 1938.

Artikel 7

1. Den Staatsangehörigen jedes Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung hinsichtlich der Zulassung zu wirtschaftlichen oder beruflichen Tätigkeiten jeder Art und der Ausübung solcher Tätigkeiten gewährt. Entsprechendes gilt für Gesellschaften.

2. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates geltenden Recht in dessen Gebiet Gesellschaften zu errichten, sich an ihrer Errichtung zu beteiligen oder Beteiligungen an Gesellschaften des anderen Vertragsstaates zu erwerben. Die Staatsangehörigen sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates geltenden Recht in der Leitung und Verwaltung solcher Gesellschaften, insbesondere als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder, tätig zu werden. Die Bestimmungen des Artikels 8 bleiben unberührt.

3. Jeder Vertragsstaat kann hinsichtlich der Errichtung von durch Ausländer kontrollierten Gesellschaften besondere Formalitäten vorschreiben. Diese Formalitäten dürfen aber den Wesensgehalt der in Absatz 2 aufgeführten Rechte nicht beeinträchtigen.

4. Unternehmen dürfen im Gebiet des einen Vertragsstaates nicht deshalb ungünstiger als andere Unternehmen behandelt werden, weil sie im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates stehen.

5. Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 4 gelten nicht für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst sowie für die im Protokoll unter Nr. 11 aufgeführten Berufe und Tätigkeiten, die Ausländern nicht oder nur beschränkt zugänglich sind. Zukünftige Beschränkungen, die für Ausländer in bezug auf diese Berufe und Tätigkeiten angeordnet werden, gelten nicht für Personen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates, die bei Inkrafttreten der Beschränkungen diese Berufe und Tätigkeiten befugt ausüben.

6. Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 4 schließen nicht aus, an Gesellschaften hinsichtlich des Gesellschaftskapitals und des Rechnungswesens entsprechende Anforderungen zu stellen, wie sie an inländische Gesellschaften der gleichen Rechtsform gestellt werden.

Ἄρθρον 7ον

(1) Ἡ ἐθνικὴ μεταχείρισις παρέχεται εἰς τοὺς ὑπηκόους ἑκατέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς πρὸς τὴν εἰσδοχὴν εἰς παντὸς εἴδους οἰκονομικὰς ἢ ἐπαγγελματικὰς δραστηριότητας καὶ τὴν ἐξάσκησιν τῶν ἐν λόγῳ δραστηριοτήτων. Τὰ αὐτὰ ἰσχύουν καὶ διὰ τὰς Ἑταιρείας.

(2) Οἱ ὑπήκοοι καὶ αἱ Ἑταιρεῖαι τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἔχουν τὸ δικαίωμα συμφώνως πρὸς τὴν διὰ τοὺς ὑπηκόους καὶ Ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἰσχύουσαν νομοθεσίαν ὅπως ἱδρύουν Ἑταιρείας ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ Κράτους τούτου, ὅπως μετέχουν εἰς τὴν ἵδρυσιν αὐτῶν ἢ νὰ κτῶνται μερίδια εἰς Ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Οἱ ὑπήκοοι ἔχουν τὸ δικαίωμα συμφώνως πρὸς τὸ δίκαιον τὸ ἰσχύον διὰ τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους νὰ ἐξασκοῦν δραστηριότητα ἐν τῇ διευθύνσει καὶ τῇ διοικήσει τοιούτων Ἑταιρειῶν ἰδίως ὑπὸ τὴν ἰδιότητα μελῶν τῆς Ἐπιτροπῆς διευθύνσεως ἢ τοῦ Διοικητικοῦ Συμβουλίου. Δὲν θίγονται αἱ διατάξεις τοῦ ἄρθρου 8.

(3) Ἑκάτερον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται νὰ θεσπίζῃ εἰδικὰς διατυπώσεις ὡς πρὸς τὴν ἵδρυσιν Ἑταιρειῶν ἐλεγχομένων ὑπὸ ἀλλοδαπῶν. Αἱ διατυπώσεις ὅμως αὗται δὲν δύνανται νὰ θίγουν τὴν οὐσίαν τῶν εἰς τὴν παράγραφον 2 ἀναφερομένων δικαιωμάτων.

(4) Ἐπιχειρήσεις δὲν δύνανται νὰ τυγχάνουν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν μεταχειρίσεως δυσμενεστέρας τῶν ἄλλων ἐπιχειρήσεων, ἐκ τοῦ γεγονότος ὅτι ἀποτελοῦν τὴν ἰδιοκτησίαν ἢ εὑρίσκονται ὑπὸ τὴν ἐπιρροὴν ὑπηκόων ἢ Ἑταιρειῶν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου.

(5) Αἱ διατάξεις τῶν παραγράφων 1, 2 καὶ 4 δὲν ἰσχύουν διὰ δραστηριότητα ἐν τῇ δημοσίᾳ ὑπερεσίᾳ ὡς καὶ διὰ τὰ ἐπαγγέλματα καὶ δραστηριότητας τὰς ἀναφερομένας εἰς τὸ Πρωτόκολλον, εἰς ἃς οἱ ἀλλοδαποὶ δὲν εἶναι δεκτοὶ ἢ εἶναι δεκτοὶ κατὰ τρόπον περιωρισμένον. Μελλοντικοὶ περιορισμοὶ οἵτινες θεσπίζονται δι' ἀλλοδαποὺς ἐν σχέσει πρὸς τὰ ἐπαγγέλματα καὶ τὰς δραστηριότητας ταύτας δὲν ἰσχύουν διὰ πρόσωπα καὶ Ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἅτινα κατὰ τὴν θέσιν ἐν ἰσχύϊ τῶν περιορισμῶν ἀσκοῦν νομίμως τὰ ἐπαγγέλματα καὶ τὰς δραστηριότητας ταύτας.

(6) Αἱ διατάξεις τῶν παραγράφων 1, 2 καὶ 4 δὲν ἀποκλείουν ὅπως ὡς πρὸς τὸ ἑταιρικὸν κεφάλαιον καὶ τὸ λογιστικὸν σύστημα ἐπιβληθοῦν εἰς τὰς Ἑταιρείας ἀνάλογοι ὅροι ἐκείνων οἵτινες ἐπιβάλλονται εἰς τὰς ἡμεδαπὰς Ἑταιρείας τοῦ αὐτοῦ νομικοῦ τύπου.

Artikel 8

1. Abweichend von der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 1 regelt sich die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit als Arbeitnehmer durch Staatsangehörige des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates, vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen, nach den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften eines jeden Vertragsstaates über ausländische Arbeitnehmer.

2. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten und dort mindestens fünf Jahre ununterbrochen als Arbeitnehmer beschäftigt sind oder einen ununterbrochenen ordnungsmäßigen Aufenthalt von mindestens acht Jahren nachweisen können, wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, nach der sie auf unbefristete Dauer keiner gebietlichen und — vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 5 — keiner beruflichen Beschränkung in der Ausübung einer unselbständigen Beschäftigung unterliegen. Beide Vertragsstaaten werden bestrebt sein, die obengenannten Fristen weiter zu verkürzen.

Ἄρθρον 8ον

(1) Κατὰ παρέκκλισιν τῶν διατάξεων τῆς παραγράφου 1 τοῦ ἄρθρου 7 ἡ ἀνάληψις καὶ ἄσκησις δραστηριότητος μισθωτοῦ ὑπὸ τῶν ὑπηκόων τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ρυθμίζονται ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῶν κάτωθι διατάξεων, συμφώνως πρὸς τοὺς νόμους καὶ διοικητικὰς διατάξεις ἐπὶ τῶν ξένων μισθωτῶν ἐν ἰσχύϊ ἐν ἑκάστῳ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν.

(2) Θὰ χορηγῆται κατόπιν αἰτήσεως εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἵτινες διαμένουν κανονικῶς ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ ἀπασχολοῦνται εἰς αὐτὸ 5 ἔτη τουλάχιστον ἄνευ διακοπῆς ἢ οἱ ὁποῖοι δύνανται νὰ ἀποδείξουν ὅτι διαμένουν κανονικῶς ἄνευ διακοπῆς ἀπὸ 8ετίας τουλάχιστον, πιστοποιητικὸν βεβαιοῦν ὅτι, διὰ διάρκειαν οὐχὶ περιωρισμένη, δὲν ὑπόκεινται εἰς οὐδένα ἐδαφικὸν περιορισμὸν καὶ ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῆς διατάξεως τῆς καραγρ. 5 τοῦ ἄρθρου 7 εἰς οὐδένα ἐπαγγελματικὸν περιορισμὸν ἐν τῇ ἐνασκήσει ἑνὸς ἐπαγγέλματος μὴ ἀνεξαρτήτου. Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη θὰ προσπαθήσουν νὰ μειώσουν ἔτι περισσότερον τὰ ὡς ἄνω χρονικὰ διαστήματα.

3. Die Bescheinigung kann auf Antrag auch vor Ablauf der in Absatz 2 genannten Fristen erteilt werden, wenn die Anwendung der Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Aufenthaltslandes über ausländische Arbeitnehmer und die Anwendung der Bestimmung des Absatzes 2 eine besondere Härte für den Arbeitnehmer bedeuten.

(3) Τῇ αἰτήσει, τὸ πιστοποιητικὸν δύναται ὁμοίως νὰ χορηγῆται πρὸ τῆς ἐκπνοῆς τῶν προθεσμιῶν τῶν ἀναφερομένων εἰς τὴν παράγραφον 2 ἐὰν ἡ ἐφαρμογὴ τῶν νόμων καὶ διοικητικῶν διατάξεων ἐπὶ τῶν ξένων μισθωτῶν ἐν ἰσχύϊ εἰς τὴν χώραν διαμονῆς, ὡς καὶ ἡ ἐφαρμογὴ τῶν προβλεπομένων διατάξεων εἰς τὴν παραγρ. 2 τοποθετοῦν τὸν μισθωτὸν εἰς θέσιν ἰδιαιτέρως αὐστηράν.

4. Leitenden Angestellten eines Unternehmens, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten, ist auf Antrag die Erlaubnis zur Ausübung einer Tätigkeit als leitender Angestellter ohne gebietliche, zeitliche und berufliche Beschränkung zu erteilen, vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 5. Als leitende Angestellte eines Unternehmens gelten im Sinne dieses Vertrages:

a) die zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens Berufenen,

b) Personen, denen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist,

c) Angestellte, die für den gesamten Bereich der Geschäfte einer unselbständigen Niederlassung Handlungsvollmacht haben.

(4) Τῇ αἰτήσει, θὰ χορηγῆται εἰς τὸ διευθύνον προσωπικὸν μιᾶς ἐπιχειρήσεως, τὸ ὁποῖον παραμένει κανονικῶς ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, ἄδεια ἀσκήσεως δραστηριότητος διευθύνοντος ὑπαλλήλου ἄνευ περιορισμοῦ ἐδαφικοῦ, ἐπαγγελματικοῦ ἢ χρονικοῦ, ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῆς διατάξεως τῆς προβλεπομένης εἰς τὴν παρ. 5 τοῦ ἄρθρου 7. Λογίζονται ὡς διευθύνον προσωπικὸν ἐπιχειρήσεως ὑπὸ τὸ πνεῦμα τῆς παρούσης συμφωνίας:

(α) Τὰ πρόσωπα τὰ καλούμενα νὰ ἀντιπροσωπεύσουν νομίμως τὴν ἐπιχείρησιν.

(β) Τὰ πρόσωπα τὰ ἔχοντα πλήρη δικαιώματα ἢ πληρεξούσιοι.

(γ) Οἱ ὑπάλληλοι οἱ ἐξουσιοδοτούμενοι νὰ ἐνεργήσουν διὰ τὴν ὁλότητα τῶν ὑποθέσεων ἑνὸς παραρτήματος μὴ ἀνεξαρτήτου.

5. Benötigen Gesellschaften des einen Vertragsstaates, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates errichtet oder an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates beteiligt sind, für die Errichtung und den Betrieb ihres Unternehmens Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates wegen ihrer besonderen Fachkenntnisse, so wird diesen die zur Ausübung dieser Tätigkeit erforderliche Erlaubnis erteilt. Das gleiche gilt für den Fall der Beschäftigung bei Zweigniederlassungen, die von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates unterhalten werden, wenn die Zweigniederlassungen im Handelsregister eingetragen sind oder für die Zweigniederlassungen die entsprechenden gesetzlichen Anmeldeformalitäten erfüllt sind.

(5) Ἐὰν Ἑταιρεῖαι τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους αἱ ὁποῖαι ἱδρύθησαν ὑπὸ ὑπηκόων ἢ Ἑταιρειῶν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἢ εἰς τὰς ὁποίας μετέχουν ὑπήκοοι ἢ Ἑταιρεῖαι τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἔχουν ἀνάγκην διὰ τὴν ἵδρυσιν καὶ ἐκμετάλλευσιν τῆς ἐπιχειρήσεώς των ὑπηκόων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους λόγῳ τῶν εἰδικῶν αὐτῶν τεχνικῶν γνώσεων ἡ ἀπαιτουμένη ἄδεια πρὸς ἄσκησιν τῆς δραστηριότητος ταύτης θὰ χορηγῆται εἰς αὐτούς. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει εἰς τὴν περίπτωσιν τῆς χρησιμοποιήσεως εἰς ὑποκαταστήματα ὑπηκόων καὶ ἑταιρειῶν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, ἐὰν τὰ ὑποκαταστήματα ταῦτα εἶναι ἐγγεγραμμένα εἰς τὸ ἐμπορικὸν μητρῷον ἢ ἐξεπληρώθησαν αἱ σχετικαὶ πρὸς τὰ ὑποκαταστήματα νόμιμοι διατυπώσεις δημοσιότητος.

6. Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des gleichen Vertragsstaates zeitweilig bis zur Höchstdauer von sechs Monaten im Jahr im Gebiet des anderen Vertragsstaates zur Montage und Reparatur von gelieferten Anlagen und Maschinen beschäftigt werden, ist die zur Ausübung dieser Tätigkeit etwa erforderliche Erlaubnis zu erteilen.

(6) Ἡ ἐνδεχομένως ἀναγκαία ἄδεια διὰ τὴν ἄσκησιν τῆς δραστηριότητός των θὰ χορηγῆται εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν τοὺς ἀπασχολουμένους ὑπὸ ὑπηκόων ἢ ἑταιρειῶν τοῦ ἰδίου συμβαλλομένου Κράτους, προσωρινῶς καὶ διὰ διάρκειαν τὸ πολὺ 6 μηνῶν κατ' ἔτος, εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, εἰς ἐργασίας συναρμολογήσεως καὶ ἐπισκευῆς ἐγκαταστάσεων καὶ προμηθευθέντων μηχανημάτων.

7. Bei Arbeitnehmern, die im Besitz einer Bescheinigung nach Absatz 2 sind, verkürzt sich für ihre Ehegatten und minderjährigen Kinder die zur Erlangung einer gleichartigen Bescheinigung erforderliche Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren auf mindestens fünf Jahre, sofern die Bescheinigung nicht auf Grund der Bestimmung des Absatzes 3 vor Ablauf dieser Frist erteilt werden kann. Beide Vertragsstaaten sichern zu, Anträge der in diesem Absatz genannten Familienangehörigen, die sich auf die Anwendung der Bestimmung des Absatzes 3 beziehen, besonders wohlwollend zu prüfen

(7) Διὰ τὰς συζύγους καὶ τὰ ἀνήλικα τέκνα μισθωτῶν κατεχόντων πιστοποιητικὸν συμφώνως πρὸς τὴν παρ. 2, ἡ ἀπαραίτητος διάρκεια παραμονῆς διὰ τὴν παροχὴν πιστοποιητικοῦ ἀναλόγου θὰ μειοῦται ἀπὸ 8 ἐτῶν τὸ ὀλιγώτερον εἰς 5 ἔτη τουλάχιστον, ἐκτὸς ἐὰν τὸ πιστοποιητικὸν δύναται νὰ χορηγῆται πρὸ τῆς ἐκπνοῆς τῆς προθεσμίας ταύτης, δυνάμει τῶν διατάξεων τῶν προβλεπομένων εἰς τὴν παρ. 3. Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη ὑποχρεοῦνται νὰ ἐξετάσουν μετὰ ἰδιαιτέρας εὐμενείας τὰς κατατιθεμένας αἰτήσεις ὑπὸ τῶν μελῶν τῆς οἰκογενείας τῶν προβλεπομένων εἰς τὴν παροῦσαν παράγραφον καὶ τὰ ὁποῖα ἐπικαλοῦνται τὴν ἐφαρμογὴν τῶν προβλεπομένων διατάξεων εἰς τὴν παράγραφον 3.

8. Der Aufenthalt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt als nicht unterbrochen, wenn die in den Absätzen 2 und 7 genannten Personen das Aufenthaltsland nur aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grunde verlassen.

(8) Ἡ διαμονὴ ὑπὸ τὴν ἔννοιαν τῶν προηγουμένων διατάξεων λογίζεται ὡς μὴ διακοπεῖσα ἐὰν τὰ πρόσωπα τὰ ἀναφερόμενα εἰς τὰς παραγράφους 2 καὶ 7 ἐγκατέλειψαν τὴν χώραν διαμονῆς διὰ λόγον ὡς ἐκ τῆς φύσεώς του προσωρινόν.

9. Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates als Lehrpersonen an Hochschulen ordnungsmäßig berufen werden oder als wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten an öffentrechtlichen wissenschaftlichen Instituten oder als Lehrpersonen an öffentlichen Lehranstalten beschäftigt werden, wird, sofern sie zur Ausübung dieser Tätigkeit einer Erlaubnis bedürfen, diese erteilt.

(9) Εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους, οἵτινες καλοῦνται κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς διδακτικὸν προσωπικὸν Ἀνωτάτων Σχολῶν ἢ οἵτινες θὰ ἀπασχοληθοῦν ὡς ἐπιστημονικοὶ συνεργάται καὶ βοηθοὶ εἰς ἐπιστημονικὰ Ἱδρύματα Δημοσίου Δικαίου ἢ ὡς διδακτικὸν προσωπικὸν εἰς Δημόσια Διδακτήρια, ἐφ' ὅσον διὰ τὴν ἄσκησιν τῆς δραστηριότητος ταύτης ἔχουσιν ἀνάγκην ἀδείας, αὕτη θὰ χορηγῆται.

Artikel 9

1. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates, die sich in seinem Gebiet wirtschaftlich betätigen, sowie ihre Reisenden sind berechtigt, im Gebiet des anderen Vertragsstaates Einkäufe für ihren Handel, ihr Gewerbe oder ihre sonstige Tätigkeit vorzunehmen und dort bei Staatsangehörigen und Gesellschaften im Rahmen deren Geschäftsbetriebes Bestellungen auf Waren aufzusuchen. Sie dürfen Muster oder Warenproben, aber keine Waren mit sich führen.

2. Die Ausübung der in Absatz 1 geregelten Rechte kann davon abhängig gemacht werden, daß sich die Gewerbetreibenden durch einen Ausweis der Behörden ihres Heimatlandes nach dem Muster des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten ausweisen. Für diese Legitimationskarte ist ein konsularischer oder sonstiger Sichtvermerk nicht erforderlich.

3. Unberührt bleiben jedoch die etwa weitergehenden Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben, welche die beiden Vertragsstaaten hinsichtlich der in den Absätzen 1 und 2 geregelten Angelegenheiten hiermit vereinbaren.

Ἄρθρον 9ον

(1) Οἱ ὑπήκοοι καὶ ἑταιρεῖαι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἱ ἀσκοῦντες οἰκονομικὴν δραστηριότητα ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ Κράτους τούτου, ὡς καὶ οἱ ταξειδιῶται αὐτῶν ἔχουν τὸ δικαίωμα νὰ πραγματοποιοῦν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἀγορὰς προοριζομένας διὰ τὸ ἐμπόριόν των, τὴν βιομηχανίαν των ἢ ἄλλην αὐτῶν δραστηριότητα καὶ νὰ ἐπιδιώκουν πλησίον ὑπηκόων καὶ ἑταιρειῶν παραγγελίας ἐμπορευμάτων ἐντὸς τοῦ πλαισίου τῆς ἐμπορικῆς ἐπιχειρήσεως τῶν τελευταίων τούτων. Θὰ δύνανται νὰ μεταφέρουν πρότυπα καὶ δείγματα, ἀλλ' ὄχι ἐμπορεύματα.

(2) Ἡ ἄσκησις τῶν δικαιωμάτων τῶν διακανονιζομένων εἰς τὴν παράγραφον 1 δύναται νὰ ἐξαρτηθῇ ἀπὸ τὸν ὅρον ὅπως οἱ ἔμποροι νομιμοποιῶνται διὰ τῆς ἐπιδείξεως ἑνὸς εἴδους ταυτότητος τῶν ἀρχῶν τῆς χώρας προελεύσεώς των συμφώνως πρὸς τὸ πρότυπον τὸ προβλεπόμενον ὑπὸ τῆς διεθνοῦς Συμφωνίας περὶ τῆς ἁπλοποιήσεως τῶν Τελωνειακῶν διατυπώσεων τῆς ὑπογραφείσης ἐν Γενεύῃ τὴν 3 Νοεμβρίου 1923. Διὰ τὴν κάρταν αὐτὴν νομιμοποιήσεως δὲν εἶναι ἀναγκαῖα θεώρησις ὑπὸ Προξένου ἢ ἄλλου τινός.

(3) Δὲν θίγονται ἐν τούτοις τὰ ἐνδεχομένως εὐρύτερα πλεονεκτήματα τὰ προκύπτοντα ἐκ τῆς μεταχειρίσεως τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου κράτους τὴν ὁποίαν τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη συμφωνοῦν διὰ τῆς παρούσης ὡς πρὸς τὰ ζητήματα τὰ κανονιζόμενα εἰς τὰς παραγράφους 1 καὶ 2.

Artikel 10

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie die Staatsangehörigen und Gesellschaften dieses Vertragsstaates die Dienste von selbständig und unselbständig Tätigen in Anspruch nehmen. Sie dürfen die Dienste von betriebswirtschaftlichen und technischen Sachverständigen des eigenen Landes ohne Rücksicht darauf in Anspruch nehmen, ob diese den Anforderungen genügen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates für die Ausübung einer solchen Betätigung vorgeschrieben sind.

Ἄρθρον 10ον

Οἱ ὑπήκοοι καὶ αἱ Ἑταιρεῖαι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἔχουν τὴν ἄδειαν νὰ προσφεύγουν, ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς καὶ οἱ ὑπήκοοι καὶ ἑταιρεῖαι τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου Κράτους, εἰς τὰς ὑπηρεσίας τῶν ἀνεξαρτήτων καὶ μὴ ἀνεξαρτήτων ἐργατῶν. Ἔχουν τὴν ἄδειαν νὰ προσφεύγουν εἰς τὰς ὑπηρεσίας οἰκονομικῶν καὶ τεχνικῶν πραγματογνωμόνων τῆς ἰδίας αὐτῶν χώρας χωρὶς νὰ ἐξετάζεται ἐὰν οὗτοι ἱκανοποιοῦν ἢ ὄχι τοὺς ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, τεθειμένους ὅρους διὰ τὴν ἄσκησιν τοιαύτης δραστηριότητος.

Artikel 11

1. Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung gewährt für den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art mit allen natürlichen Personen und Gesellschaften, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt haben.

2. Dies gilt insbesondere für das Recht, Verträge zu schließen, Verbindlichkeiten einzugehen, Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innezuhaben, unter Lebenden oder von Todes wegen zu erwerben, zu veräußern oder sonstwie darüber zu verfügen.

Ἄρθρον 11ον

(1) Ἡ ἐθνικὴ μεταχείρισις παρέχεται εἰς τοὺς ὑπηκόους καὶ ἑταιρείας ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους διὰ τὴν σύναψιν δικαιοπραξιῶν παντὸς εἴδους μεθ' ὅλων τῶν φυσικῶν προσώπων καὶ ἑταιρειῶν τῶν ἐχόντων τὴν κατοικίαν των, ἢ διαμονήν των ἢ τὴν ἕδραν των εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

(2) Τοῦτο ἰσχύει ἰδίως ὡς πρὸς τὸ δικαίωμα νὰ συνάπτουν συμβάσεις νὰ ἀναλαμβάνουν ὑποχρεώσεις, νὰ κτῶνται μεταξὺ ζώντων ἢ λόγῳ θανάτου περιουσίαν ὡς καὶ δικαιώματα καὶ συμφέροντα πάσης φύσεως, νὰ ἀπαλλοτριοῦν ἢ διαθέτουν ταῦτα κατ' ἄλλον τρόπον.

Artikel 12

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates für ihre Person, Güter, Rechte und Interessen keinen anderen oder höheren Steuern, Gebühren, Abgaben aller Art oder sonstigen fiskalischen Lasten unterworfen werden, als sie durch den Staat, die regionalen und örtlichen Behörden oder für deren Rechnung von den in gleicher Lage befindlichen eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörigen und Gesellschaften irgendeines dritten Landes erhoben werden.

Ἄρθρον 12ον

Οἱ ὑπήκοοι καὶ ἑταιρεῖαι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δέον νὰ μὴ ὑπόκεινται, ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, διὰ τὸ ἄτομόν των, τὰς περιουσίας των τὰ δικαιώματα καὶ συμφέροντά των, εἰς φόρους τέλη καὶ εἰσφορὰς παντὸς εἴδους ἢ εἰς ἄλλας οἰκονομικὰς ἐπιβαρύνσεις ἄλλας ἢ ἀνωτέρας τῶν εἰσπραττομένων ὑπὸ τοῦ Κράτους ἢ τῶν περιφερειακῶν ἢ τοπικῶν Ἀρχῶν ἢ διὰ λογαριασμόν των ἐκ μέρους τῶν ἰδίων αὐτῶν ὑπηκόων καὶ ἑταιρειῶν τῶν εὑρισκομένων εἰς τὴν ἰδίαν θέσιν ἢ τῶν ὑπηκόων καὶ ἑταιρειῶν οἱουδήποτε ἄλλου τρίτου Κράτους.

Artikel 13

Kein Unternehmen eines Vertragsstaates, das sich in öffentlichem Eigentum befindet oder unter öffentlicher Kontrolle steht, genießt, wenn es sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates im Handel, in der Industrie, im Transportwesen oder in einem anderen Wirtschaftszweig

Ἄρθρον 13ον

Οὐδεμία ἐπιχείρησις ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ἥτις εἶναι δημοσία ἰδιοκτησία ἢ τελεῖ ὑπὸ δημόσιον ἔλεγχον, ἀπαλλάσσεται, ἐὰν ἀσκῇ τὴν δραστηριότητά της ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους ἐν τῷ ἐμπορίῳ, τῇ βιομηχανίᾳ, τὰς μεταφορὰς ἢ εἰς ἕτερον κλάδον τῆς οἰκονομίας, δι' αὐτὴν τὴν ἰδίαν ἢ διὰ τὴν

betätigt, für sich oder sein Vermögen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Befreiung von der gerichtlichen Verfolgung von Ansprüchen, der Vollstreckung oder anderweitigen Pflichten, denen private Unternehmen im Gebiet des anderen Vertragsstaates unterliegen, noch darf es eine solche Befreiung beanspruchen.

Artikel 14

1. Der Ausdruck „Gesellschaften" in diesem Vertrag umfaßt alle juristischen Personen, Handelsgesellschaften sowie alle anderen Gesellschaften und Vereinigungen, auch wenn sie keine Rechtspersönlichkeit haben, die im Gebiet des einen Vertragsstaates ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen, unabhängig davon, ob die Haftung ihrer Gesellschafter oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

2. Der rechtliche Status der Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates anerkannt.

Artikel 15

Beide Vertragsstaaten werden diskriminierende Maßnahmen jeder Art unterlassen, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffahrt des anderen Vertragsstaates führen und die Flaggenwahl entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen können; dies gilt auch für die Beförderung von Waren, die von oder nach dem einen oder anderen der beiden Vertragsstaaten aus- oder eingeführt werden, sowie für die Beförderung von Fahrgästen.

Artikel 16

1. Schiffe unter der Flagge des einen Vertragsstaates, die die Papiere mit sich führen, die nach seinem Recht zum Nachweis der Nationalität vorgeschrieben sind, gelten als Schiffe dieses Vertragsstaates.

2. Die von den zuständigen Behörden ausgestellten Schiffsmeßbriefe werden gegenseitig anerkannt. Die Schiffahrtsgebühren und -abgaben werden auf Grund dieser Meßbriefe ohne eine neue Vermessung nach den Bestimmungen des anderen Vertragsstaates und unter den gleichen Voraussetzungen berechnet, wie sie für die eigenen Schiffe gelten. Das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmeßbriefe vom 13. Februar 1897 tritt außer Kraft.

3. Außer im Falle des Eigentumswechsels auf Grund einer gerichtlichen Zwangsvollstreckungsmaßnahme können die Schiffe des einen Vertragsstaates nicht im Schiffsregister des anderen Vertragsstaates eingetragen werden, ohne daß eine Erklärung über die Löschung durch die Behörde des Staates vorliegt, dessen Flagge sie bis dahin geführt haben.

Artikel 17

1. Jeder Vertragsstaat gewährt den Schiffen des anderen Vertragsstaates die gleiche Behandlung wie seinen eigenen Schiffen oder den Schiffen des meistbegünstigten Staates in den seiner Staatshoheit oder Herrschaft unterstellten Häfen; dies bezieht sich auf den freien Zugang zum Hafen, seine Benutzung und die uneingeschränkte Inanspruchnahme der für die Schiffahrt und die Handelsverrichtungen bestehenden Einrichtungen, die jeder Vertragsstaat den Schiffen, ihren Waren und Fahrgästen zur Verfügung stellt. Diese Gleichbehandlung erstreckt sich auf Dienstleistungen und Erleichterungen jeder Art wie Zuteilung von Kaiplätzen, Lade- und Löscheinrichtungen, Reparaturen sowie auf jede Art von Abgaben und Gebühren, die im Namen und für Rechnung des Staates, der öffentlichen Behörden, der Konzessionsinhaber oder von Anstalten jeder Art erhoben werden.

περιουσίαν της εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, τῆς δικαστικῆς ἐπιδιώξεως ἀπαιτήσεων, τῆς ἐκτελέσεως ἢ ἄλλων ὑποχρεώσεων εἰς ἃς ὑπόκεινται αἱ ἰδιωτικαὶ ἐπιχειρήσεις ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, οὐδὲ ἔχει τὸ δικαίωμα νὰ ἀξιώσῃ τοιαύτην ἀπαλλαγήν.

Ἄρθρον 14ον

(1) Ἡ ἔκφρασις «Ἑταιρεία» ὑπὸ τὴν ἔννοιαν τῆς παρούσης Συμφωνίας περιλαμβάνει ἅπαντα τὰ νομικὰ πρόσωπα, ἐμπορικὰς Ἑταιρείας καὶ ἁπάσας τὰς ἄλλας ἑταιρείας καὶ ἑνώσεις — ἔστω καὶ ἄνευ νομικῆς προσωπικότητος — αἵτινες ἔχουσι τὴν ἕδραν των εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ ὑφίστανται νομικῶς συμφώνως πρὸς τὴν νομοθεσίαν τοῦ Κράτους τούτου, εἴτε ἡ εὐθύνη τῶν συνεταίρων ἢ μελῶν εἶναι περιωρισμένη ἢ ἀπεριόριστος εἴτε ἡ δραστηριότης αὐτῶν ἔχει ἢ μὴ ἐπικερδῆ σκοπόν.

(2) Τὸ νομικὸν καθεστὼς τῶν ἑταιρειῶν τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀναγνωρίζεται εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

Ἄρθρον 15ον

Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη θ'ἀποφύγουν ὅπως λάβουν μέτρα διακρίσεως οἱασδήποτε φύσεως ἱκανὰ νὰ παραβλάψουν τὴν ναυσιπλοΐαν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ νὰ παρεμποδίσουν τὴν ἐκλογὴν τῆς σημαίας κατὰ παράβασιν τῶν ἀρχῶν τοῦ ἐλευθέρου συναγωνισμοῦ. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει ἐπίσης ὡς πρὸς τὴν μεταφορὰν ἐμπορευμάτων ἅτινα ἐξάγονται ἐκ τοῦ ἑνὸς ἢ τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ εἰσάγονται εἰς τὸ ἓν ἢ τὸ ἕτερον ἐξ αὐτῶν ὡς καὶ ὡς πρὸς τὴν μεταφορὰν ἐπιβατῶν.

Ἄρθρον 16ον

(1) Πλοῖα ὑπὸ τὴν σημαίαν τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἅτινα φέρουσι μεθ'ἑαυτῶν τὰ ὑπὸ τῆς νομοθεσίας αὐτῶν προβλεπόμενα ἔγγραφα πρὸς ἀπόδειξιν τῆς ἐθνικότητός των θεωροῦνται ὡς πλοῖα τοῦ συμβαλλομένου Κράτους τούτου.

(2) Τὰ πιστοποιητικὰ καταμετρήσεως τὰ ἐκδιδόμενα ὑπὸ τῶν ἁρμοδίων ἀρχῶν θὰ ἀναγνωρίζωνται ἀμοιβαίως. Τὰ ναυτιλιακὰ δικαιώματα καὶ τέλη θὰ ὑπολογίζωνται ἐπὶ τῇ βάσει τῶν πιστοποιητικῶν καταμετρήσεως τούτων ἄνευ νέας καταμετρήσεως κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ ὑπὸ τὰς αὐτὰς προϋποθέσεις ὡς αὗται ἰσχύουν καὶ διὰ τὰ ἴδια αὐτοῦ πλοῖα. Ἡ σύμβασις περὶ ἀμοιβαίας ἀναγνωρίσεως τῶν πιστοποιητικῶν καταμετρήσεως πλοίων τῆς 8/20-2-1897 παύει νὰ ἰσχύῃ.

(3) Ἐκτὸς τῆς περιπτώσεως μεταβολῆς εἰς τὴν ἰδιοκτησίαν βάσει δικαστικοῦ μέτρου ἀναγκαστικῆς ἐκτελέσεως τὰ πλοῖα τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν δύνανται νὰ ἐγγραφῶσι εἰς τὸ βιβλίον τῶν πλοίων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἄνευ τῆς προσαγωγῆς δηλώσεως διαγραφῆς τῆς ἀρχῆς τοῦ Κράτους οὗτινος ἔφερον μέχρι τοῦδε τὴν σημαίαν.

Ἄρθρον 17ον

(1) Ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν παρέχει εἰς τὰ πλοῖα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους τὴν αὐτὴν μεταχείρισιν ὡς καὶ εἰς τὰ ἴδια αὐτοῦ πλοῖα καὶ εἰς τὰ πλοῖα τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους εἰς τοὺς λιμένας τοὺς ὑποκειμένους εἰς τὴν κυριαρχίαν ἢ ἐξουσίαν αὐτοῦ. Τοῦτο ἐφαρμόζεται εἰς τὴν ἐλευθέραν εἴσοδον εἰς τὸν λιμένα, εἰς τὴν χρησιμοποίησιν αὐτοῦ καὶ εἰς τὴν ἀπεριόριστον χρῆσιν τῶν ὑφισταμένων ἐγκαταστάσεων τῶν προοριζομένων διὰ τὴν ναυσιπλοΐαν καὶ τὰς ἐμπορικὰς ἐργασίας, αἵτινες τίθενται ὑφ'ἑκάστου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς τὴν διάθεσιν τῶν πλοίων, τῶν ἐμπορευμάτων αὐτῶν καὶ τῶν ἐπιβατῶν των. Ἡ ἴση αὕτη μεταχείρισις ἐπεκτείνεται εἰς τὰς ὑπηρεσίας καὶ διευκολύνσεις παντὸς εἴδους ὡς καὶ τὴν παραχώρησιν θέσεως εἰς τὴν προκυμαίαν, εἰς τὰς ἐγκαταστάσεις φορτώσεως καὶ ἐκφορτώσεως, ἐπισκευὰς ὡς ἐπίσης καὶ εἰς πᾶν εἶδος φόρων καὶ δικαιωμάτων εἰσπραττομένων ἐξ ὀνόματος ἢ διὰ λογαριασμόν τοῦ Κράτους, τῶν δημοσίων ἀρχῶν, τῶν ἐχόντων παραχώρησιν ἢ ὑπὸ ἱδρυμάτων παντὸς εἴδους.

2. Den Schiffen des einen Vertragsstaates wird hinsichtlich des Rechts, Fahrgäste sowie Ladung jeder Art zu befördern, die nach oder von dem Gebiet des anderen Vertragsstaates verschifft werden, Inländerbehandlung und die Behandlung des meistbegünstigten Staates gewährt.

3. Den Schiffen beider Vertragsstaaten steht es frei, in allen für fremde Schiffe offenen Häfen des anderen Vertragsstaates ihre aus dem Ausland kommenden Güter zu löschen und Fahrgäste abzusetzen. Hierbei dürfen Ladung und Fahrgäste, die für einen anderen als den zuerst angelaufenen Hafen des anderen Vertragsstaates bestimmt sind, an Bord bleiben und bis zu ihrem Bestimmungshafen im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat befördert werden. Die Schiffe dürfen während der gleichen Reise in den gleichen Häfen Ladung und Fahrgäste nach dem Ausland an Bord nehmen.

Artikel 18

Die unter der Flagge des einen Vertragsstaates beförderten Waren, die nach dem Gebiet des anderen Vertragsstaates bestimmt sind oder aus ihm kommen, genießen die gleichen Vergünstigungen, wie sie den unter der Flagge des anderen Vertragsstaates und des meistbegünstigten Staates beförderten Waren gewährt werden. Dies gilt insbesondere für Zölle, andere Abgaben, Gebühren, Prämien, Rückvergütungen und sonstige Vergünstigungen dieser Art sowie für die Anwendung der Zollvorschriften und die Verladung und Entladung auf der Eisenbahn oder anderen Verkehrsmitteln.

Artikel 19

1. Die Vertragsstaaten gewähren sich gegenseitig für Waren, einschließlich Gepäck und Beförderungsmittel aller Art, Freiheit der Durchfuhr durch ihr Gebiet, gleichgültig, ob als Beförderungsweg Landstraße, Schiene, Luft, Binnengewässer oder die See benutzt wird.

2. Der eine Vertragsstaat darf gegenüber dem anderen Vertragsstaat Ausnahmen von der Regel der freien Durchfuhr in den nachstehenden Fällen zulassen:

a) aus Gründen der öffentlichen Sicherheit;
b) mit dem Ziele, die Anwendung der sanitären Maßnahmen zu sichern oder mit dem Ziele, den Schutz von Tieren oder Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge zu gewährleisten;
c) zur Erfüllung zwischenstaatlicher Verpflichtungen;
d) im Falle besonderer Umstände zur Kriegsversorgung.

Die beiden Vertragsstaaten werden die nach Buchstaben a bis d zulässigen Ausnahmen in der Weise anwenden, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung im Verhältnis zu derjenigen Behandlung darstellen, die sie irgendeinem anderen Land gewähren, bei dem die gleichen Verhältnisse vorliegen.

3. Jeder Vertragsstaat kann verlangen, daß der Durchfuhrverkehr durch sein Gebiet nach oder aus dem Gebiet des anderen Vertragsstaates bei der zuständigen Zollstelle angemeldet wird; jedoch wird dieser Verkehr außer bei Nichtbeachtung der Zollvorschriften, nicht unnötigen Verzögerungen oder Beschränkungen unterworfen. Dieser Verkehr ist von Zöllen, anderen Durchfuhrabgaben und Durchfuhrbelastungen befreit, mit Ausnahme der Beförderungskosten oder sonstigen Belastungen, die dem aus der Durchfuhr entstehenden Verwaltungsaufwand oder den Kosten der erbrachten Dienstleistungen entsprechen.

4. Waren jeder Art mit Ursprung in einem der Vertragsstaaten, die durch das Gebiet dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, wie auch Waren beliebiger Herkunft, die von einem Ver-

(2) Ἡ ἐθνικὴ μεταχείρισις καὶ ἡ μεταχείρισις τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους παρέχεται εἰς τὰ πλοῖα ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὅσον ἀφορᾷ τὸ δικαίωμα μεταφορᾶς ἐπιβατῶν καὶ φορτίων παντὸς εἴδους ἅτινα μεταφέρονται πρὸς ἢ ἀπὸ τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

(3) Τὰ πλοῖα τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν εἶναι ἐλεύθερα νὰ ἐκφορτώνουν εἰς πάντας τούς λιμένας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους τούς ἀνοικτοὺς εἰς ἀλλοδαπὰ πλοῖα τὰ ἐμπορεύματά των προελεύσεως ἐξωτερικοῦ καὶ ν'ἀποβιβάζουν ἐπιβάτας. Τὰ φορτία καὶ οἱ ἐπιβάται μὲ προορισμὸν λιμένα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους διάφορον τοῦ εἰς ὃν ἐγένετο τὸ πρῶτον προσέγγισις δύνανται νὰ παραμένουν ἐπὶ τοῦ πλοίου καὶ μέχρις οὗ μεταφερθῶσι εἰς τὸν λιμένα προορισμοῦ αὐτῶν εἰς τὸ ἕτερον συμβαλλόμενον Κράτος ἢ εἰς τρίτον Κράτος. Τὰ σκάφη δύνανται κατὰ τὸ ἴδιον ταξείδιον νὰ παραλαμβάνουν εἰς τοὺς ἰδίους λιμένας φορτία καὶ ἐπιβάτας διὰ τὸ ἐξωτερικόν.

Ἄρθρον 18ον

Τὰ ἐμπορεύματα ἅτινα μεταφέρονται ὑπὸ πλοίων φερόντων τὴν σημαίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, μὲ προορισμὸν τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἢ μὲ προέλευσιν ἐξ αὐτοῦ ἀπολαύουν τῶν αὐτῶν προνομίων τῶν παρεχομένων εἰς τὰ ἐμπορεύματα τὰ μεταφερόμενα ὑπὸ πλοίων φερόντων τὴν σημαίαν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ τοῦ Κράτους τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου. Τοῦτο ἰσχύει κυρίως διὰ τοὺς δασμούς, ἄλλα δικαιώματα, τέλη, πριμοδοτήσεις, ἐπιστροφὰς καὶ ἕτερα προνόμια τοῦ εἴδους τούτου ὡς ἐπίσης καὶ διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν τελωνειακῶν διατάξεων καὶ τὴν φόρτωσιν καὶ ἐκφόρτωσιν εἰς σιδηροδρόμους καὶ ἕτερα μέσα συγκοινωνίας.

Ἄρθρον 19ον

(1) Τὰ συμβαλλόμενα Κράτη παρέχουν ἀμοιβαίως δι' ἐμπορεύματα, συμπεριλαμβανομένων τῶν ἀποσκευῶν καὶ τῶν μεταφορικῶν μέσων παντὸς εἴδους, ἐλευθερίαν διόδου διὰ τοῦ ἐδάφους των, ἀνεξαρτήτως τοῦ ἐὰν ἡ μεταφορὰ γίνεται διὰ ξηρᾶς, σιδηροδρόμου, ἀεροπλάνου, ποταμίου ἢ θαλασσίας ὁδοῦ.

(2) Τὸ ἓν τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται ἔναντι τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους νὰ θεσπίσῃ ἐξαιρέσεις ἀπὸ τὸν κανόνα τῆς ἐλευθερίας διόδου εἰς τὰς ἀκολούθους περιπτώσεις:

(α) διὰ λόγους δημοσίας ἀσφαλείας
(β) πρὸς τὸν σκοπὸν ὅπως ἐξασφαλίσῃ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν ὑγειονομικῶν μέτρων ἢ πρὸς τὸν σκοπὸν ὅπως κατοχυρώσῃ τὴν προστασίαν ζώων ἢ φυτῶν ἔναντι ἀσθενειῶν καὶ παρασίτων
(γ) πρὸς ἐκπλήρωσιν διακρατικῶν ὑποχρεώσεων
(δ) εἰς περίπτωσιν εἰδικῶν συνθηκῶν πολεμικοῦ ἀνεφοδιασμοῦ.

Ἀμφότερα τὰ συμβαλλόμενα Κράτη θὰ ἐφαρμόζουν τὰς ὑπὸ τὰ στοιχεῖα α ἕως δ ἐπιτρεπομένας ἐξαιρέσεις κατὰ τρόπον ὥστε αὗται νὰ μὴ ἀποτελοῦν εἰς τὰς ἀμοιβαίας σχέσεις των αὐθαίρετον ἢ ἀδικαιολόγητον διάκρισιν ἐν σχέσει πρὸς ἐκείνην τὴν μεταχείρισιν τὴν ὁποίαν παρέχουν εἰς οἱανδήποτε ἄλλην χώραν διὰ τὴν ὁποίαν συντρέχουν αἱ αὐταὶ συνθῆκαι.

(3) Ἑκάτερον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται νὰ ἀπαιτῇ ὅπως ἡ διὰ τοῦ ἐδάφους του κυκλοφορία πρὸς τὸ ἔδαφος ἢ ἐκ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους δηλοῦται εἰς τὴν ἁρμοδίαν τελωνειακὴν ὑπηρεσίαν. Ἐν τούτοις ἡ κυκλοφορία αὕτη δὲν θὰ ὑποβάλλεται εἰς μὴ ἀναγκαίας καθυστερήσεις ἢ περιορισμοὺς εἰμὴ μόνον λόγῳ μὴ τηρήσεως τῶν τελωνειακῶν διατάξεων. Ἡ κυκλοφορία αὕτη ἀπαλλάσσεται δασμῶν, καὶ ἄλλων εἰσφορῶν καὶ ἐπιβαρύνσεων διόδου, ἐξαιρουμένων τῶν ἐξόδων μεταφορᾶς ἢ λοιπῶν ἐπιβαρύνσεων ἅτινα ἀφορῶσι τὰς ἐκ τῆς διόδου προκυψάσας διοικητικὰς δαπάνας ἢ τὰ ἔξοδα τῶν παρασχεθεισῶν ὑπηρεσιῶν.

(4) Ἐμπορεύματα παντὸς εἴδους ἀρχικῆς προελεύσεως ἐξ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ἅτινα εἰσάγονται εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους διὰ τοῦ ἐδάφους τρίτων Κρατῶν ὡς καὶ ἐμπορεύματα οἱασδήποτε προελεύσεως ἅτινα εἰσάγονται

tragsstaat über das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen oder Belastungen als denen, die erhoben werden würden, wenn die Einfuhr dieser Waren unmittelbar aus dem Ursprungsland erfolgte. Diese Bestimmung gilt sowohl für die Waren, die unmittelbar durchgeführt werden, als auch für Waren, die während der Durchfuhr unter Zollaufsicht umgeladen, umgepackt oder gelagert werden.

Artikel 20

1. Wenn ein Schiff des einen Vertragsstaates an der Küste des anderen Vertragsstaates strandet oder Schiffbruch erleidet oder gezwungen ist, in einem Hafen des anderen Vertragsstaates Schutz zu suchen, wird dieser Vertragsstaat den Schiffen, der Besatzung, den Fahrgästen, der persönlichen Habe der Besatzung und der Fahrgäste sowie der Ladung des Schiffes den gleichen Schutz und Beistand gewähren, der in entsprechender Lage einem Schiff unter eigener Flagge gewährt werden würde. Die von dem Schiff geborgenen Gegenstände sind von jedem Zoll befreit, wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden. Diese Gegenstände können für die ganze Dauer ihres Verbleibens in diesem Staate, auch wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden, Zollsicherungsmaßnahmen unterworfen werden. Der zuständige Konsul soll im Fall der Strandung oder des Schiffbruches eines Schiffes seines Entsendestaates benachrichtigt werden.

2. Die von einem gestrandeten oder schiffbrüchigen Schiff und seiner Ladung geretteten Gegenstände werden dem Eigentümer oder seinem Vertreter zurückgegeben, wenn der Berechtigte seinen Anspruch innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist nachweist. Wenn solche Gegenstände verkauft worden sind, wird der Reinerlös aus dem Verkauf nach Abzug etwaiger Abgaben und Zölle dem Eigentümer oder seinem Vertreter, sofern der oben erwähnte Nachweis erbracht ist, zur Verfügung gestellt. Die Bergungskosten und andere Kosten, die bei der Bergung entstanden sind, werden nach den für die eigenen Staatsangehörigen geltenden Bestimmungen berechnet.

3. Befindet sich der Eigentümer oder sein Vertreter nicht an Ort und Stelle, so wird diese Erstattung von dem zuständigen deutschen oder griechischen Konsul vorgenommen.

Artikel 21

1. Die Kapitäne der Schiffe unter der Flagge des einen Vertragsstaates, deren Besatzung infolge von Krankheit oder aus einem anderen Grunde nicht mehr vollzählig ist, dürfen in allen Häfen des anderen Vertragsstaates die Seeleute anheuern, die zur Fortsetzung der Reise notwendig sind, wobei die Anheuerung nach dem Recht der Flagge des Schiffes vorgenommen wird.

2. Seeleute, die Staatsangehörige des einen Vertragsstaates sind, können an Stelle eines Reisepasses ein Seefahrtsbuch benutzen und dürfen unter den Voraussetzungen des Artikels 1 in das Gebiet des anderen Vertragsstaates einreisen, um zu Schiffen zu gelangen oder um in ihre Heimat zurückzukehren.

Artikel 22

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Inländerbehandlung und die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Schiffahrt finden keine Anwendung:

a) auf die den Hochseesportvereinigungen gewährten Vorrechte,

b) auf die Ausübung der seemännischen Dienste in den Häfen, auf Reeden oder am Strand, einschl. des Lotsen- und Schleppdienstes sowie auf die organisierte Ausübung des Rettungs- und Bergungsdienstes,

ὑπὸ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους διὰ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, δὲν ὑπόκεινται, κατὰ τὴν εἰσαγωγήν των εἰς ἄλλους ἢ ὑψηλοτέρους δασμοὺς ἢ ἐπιβαρύνσεις ἀπὸ ἐκείνους οἵτινες θὰ εἰσεπράττοντο ἐὰν ἡ εἰσαγωγὴ τῶν ἐμπορευμάτων τούτων ἐγένετο ἀπ' εὐθείας ἐκ τῆς χώρας προελεύσεως. Ἡ διάταξις αὕτη ἰσχύει τόσον διὰ τὰ ἐμπορεύματα ἅτινα διακομίζονται ἀμέσως ὅσον καὶ διὰ ἐμπορεύματα ἅτινα κατὰ τὴν διαμετακόμισιν μεταφορτώνονται, ἀνασυσκευάζονται, ἢ ἐναποθηκεύονται ὑπὸ τελωνειακὸν ἔλεγχον.

Ἄρθρον 20ον

(1) Ἐὰν πλοῖον ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν προσαράξῃ ἢ ναυαγήσῃ εἰς τὴν ἀκτὴν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἢ ἀναγκασθῇ νὰ ζητήσῃ προστασίαν εἰς λιμένα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, τὸ συμβαλλόμενον τοῦτο Κράτος θὰ παρέχῃ εἰς τά πλοῖα, τὰ πληρώματα, εἰς τοὺς ἐπιβάτας καὶ εἰς τὰ προσωπικὰ πράγματα τοῦ πληρώματος καὶ τῶν ἐπιβατῶν ὡς ἐπίσης καὶ εἰς τὸ φορτίον τοῦ σκάφους τὴν αὐτὴν προστασίαν καὶ βοήθειαν τὴν ὁποίαν θὰ παρῆχεν εἰς σκάφος φέρον τὴν ἰδίαν αὐτοῦ σημαίαν καὶ τὸ ὁποῖον θὰ εὑρίσκετο εἰς ἀνάλογον θέσιν. Τὰ διασωθέντα πράγματα τοῦ πλοίου ἀπαλλάσσονται παντὸς τελωνειακοῦ φόρου ἐὰν δέν προορίζωνται διὰ τὴν ἐσωτερικὴν κατανάλωσιν. Τὰ ἐν λόγῳ ἀντικείμενα δύνανται νὰ ὑπαχθῶσιν εἰς μέτρα τελωνειακῆς ἀσφαλείας καθ' ὅλο τὸ διάστημα καθ' ὃ παραμένουν εἰς τὸ Κράτος τοῦτο, ἀκόμα καὶ ἐὰν δὲν προορίζωνται διὰ τὴν ἐσωτερικὴν κατανάλωσιν. Ὁ ἁρμόδιος Πρόξενος δέον νὰ εἰδοποιῆται εἰς περίπτωσιν προσαράξεως ἢ ναυαγίου ἑνὸς πλοίου τοῦ Κράτους του.

(2) Τὰ ἐξ ἑνὸς προσαράξαντος ἢ ναυαγήσαντος πλοίου καὶ ἐκ τοῦ φορτίου του διασωθέντα ἀντικείμενα ἀποδίδονται εἰς τὸν ἰδιοκτήτην ἢ εἰς τὸν ἐκπρόσωπόν του, ἐὰν ὁ δικαιοῦχος ἀποδείξῃ ἐντὸς τῆς ὑπὸ τοῦ νόμου τασσομένης προθεσμίας τὴν ἀπαίτησίν του. Ἐὰν ἐπωλήθησαν τοιαῦτα ἀντικείμενα τὸ καθαρὸν ἀντίτιμον ἐκ τῆς πωλήσεως, κατόπιν ἀφαιρέσεως τυχὸν ἐξόδων καὶ τελωνειακῶν δασμῶν. τίθεται εἰς τὴν διάθεσιν τοῦ ἰδιοκτήτου ἢ τοῦ ἐκπροσώπου του, ἐφ' ὅσον προσήχθη ἡ ἀνωτέρω ἀναφερομένη ἀπόδειξις. Τὰ ἔξοδα διασώσεως καὶ λοιπὰ ἔξοδα ἅτινα ἐγεννήθηκαν κατὰ τὴν διάσωσιν θὰ ὑπολογίζωνται κατὰ τὰς διατάξεις τὰς ἰσχυούσας διὰ τοὺς ἰδίους ὑπηκόους.

(3) Ἐὰν ὁ ἰδιοκτήτης ἢ ὁ ἐκπρόσωπός του δὲν εὑρίσκεται ἐπὶ τόπου ἡ ἐπίδοσις αὕτη θὰ γίνεται εἰς τὸν ἁρμόδιον Γερμανὸν ἢ Ἕλληνα Πρόξενον.

Ἄρθρον 21ον

(1) Οἱ Πλοίαρχοι τῶν ὑπὸ τὴν σημαίαν τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν πλοίων ὧν τὸ πλήρωμα δὲν εἶναι πλῆρες λόγῳ νόσου ἢ ἄλλης αἰτίας ἔχουν τὴν ἄδειαν νὰ προσλαμβάνουν εἰς πάντας τοὺς λιμένας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους τοὺς ἀναγκαίους διὰ τὴν διάρκειαν τοῦ ταξειδίου ναυτικούς, τῆς προσλήψεως λαμβανούσης χώραν συμφώνως πρὸς τὸ δίκαιον τῆς σημαίας τοῦ πλοίου.

(2) Οἱ ναυτικοί οἵτινες εἶναι ὑπήκοοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν χρησιμοποιοῦν ὡς διαβατήριον τὸ ναυτικὸν φυλλάδιον καὶ ἔχουν τὸ δικαίωμα νὰ εἰσέρχωνται εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὑπὸ τοὺς ὅρους τοῦ ἄρθρου 1 ὅπως συναντήσωσι πλοῖα ἢ ἐπιστρέψωσι εἰς τὴν χώραν των.

Ἄρθρον 22ον

Αἱ διατάξεις τῆς παρούσης συνθήκης περὶ τῆς ἐθνικῆς μεταχειρίσεως καὶ τῆς μεταχειρίσεως τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους εἰς τὸν τομέα τῆς ναυσιπλοΐας δὲν ἐφαρμόζονται:

(α) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται εἰς ἀθλητικοὺς συλλόγους ἀνοικτῆς θαλάσσης.

(β) εἰς τὴν ἄσκησιν τῶν θαλασσίων ὑπηρεσιῶν εἰς τοὺς λιμένας, τὰ ἀγκυροβόλια ἢ τὰς ἀκτάς, περιλαμβανομένων τῆς πλοηγήσεως, τῆς ρυμουλκήσεως ὡς καὶ τῆς ὀργανωμένης ἀσκήσεως τῆς θαλασσίας ἀρωγῆς καὶ ναυαγιαιρέσεως.

c) auf die Küsten- und Binnenschiffahrt,

d) auf die Ausübung des Fischfanges in den Hoheitsgewässern,

e) auf Vergünstigungen für die Erzeugnisse der eigenen Fischerei und Jagd auf See.

Artikel 23

Die für die Schiffahrt geltenden Bestimmungen dieses Vertrages finden auf Kriegsschiffe keine Anwendung.

Artikel 24

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Meistbegünstigung erstrecken sich nicht:

a) auf die Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat angrenzenden Ländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs einräumt,

b) auf die Vergünstigungen, die sich aus einer Zollunion oder Freihandelszone sowie aus einstweiligen Vereinbarungen ergeben, die die Errichtung von Zollunionen oder Freihandelszonen zum Ziel haben,

c) auf die Vorrechte und Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat auf Grund eines Zusammenschlusses gewährt, der zwischen mehreren Ländern die gemeinsamen Regelungen auf dem Gebiet der Produktion, des Handels und der Dienstleistungen oder die Gewährleistung der Sicherheit dieser Länder betrifft,

d) auf Vergünstigungen, die einer oder beide Vertragsstaaten einem oder mehreren dritten Ländern auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt gewähren,

e) auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat dritten Staaten auf Grund von Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung gewährt.

Artikel 25

Jeder Vertragsstaat gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von dem anderen Vertragsstaat eingeräumt wird.

Artikel 26

1. Keine Bestimmung dieses Vertrages hindert einen Vertragsstaat, Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates eine günstigere Behandlung als in diesem Vertrag vorgesehen ist, zu gewähren.

2. Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt.

Artikel 27

In allen Fällen, in denen dieser Vertrag gleichzeitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt, findet die günstigere Behandlung Anwendung.

Artikel 28

1. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten, zur Herbeiführung einer Lösung in freundschaftlichem Geist Konsultationen aufzunehmen.

(γ) εἰς τὴν ἀκτοπλοΐαν καὶ τὴν ἐσωτερικὴν ναυσιπλοΐαν

(δ) εἰς τὴν ἄσκησιν τῆς ἁλιείας εἰς τὰ χωρικὰ ὕδατα.

(ε) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται εἰς τὰ προϊόντα τῆς ἐθνικῆς ἁλιείας καὶ κυνηγίου ἐν θαλάσσῃ.

Ἄρθρον 23ον

Αἱ διὰ τὴν ναυσιπλοΐαν διατάξεις τῆς παρούσης Συνθήκης δὲν ἐφαρμόζονται εἰς τὰ πολεμικὰ πλοῖα.

Ἄρθρον 24ον

Αἱ διατάξεις τῆς παρούσης Συνθήκης αἱ σχετικαὶ πρὸς τὴν μεταχείρισιν τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου κράτους δὲν ἐπεκτείνονται:

(α) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται ὑφ᾽ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους εἰς τὰς ὁμόρους χώρας πρὸς ἐξυπηρέτησιν τῆς μεθοριακῆς συγκοινωνίας.

(β) εἰς τὰ προνόμια τὰ προκύπτοντα ἀπὸ τελωνειακὴν ἕνωσιν ἢ ζώνην ἐλευθέρων συναλλαγῶν ὡς ἐπίσης ἀπὸ προσωρινὰς συμφωνίας ἐχούσας ὡς σκοπὸν τὴν δημιουργίαν τελωνειακῶν ἑνώσεων ἢ ζωνῶν ἐλευθέρων συναλλαγῶν.

(γ) εἰς τὰ πλεονεκτήματα καὶ προνόμια τὰ παρεχόμενα ὑπὸ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους, δυνάμει τῆς συμμετοχῆς αὐτοῦ εἰς Κοινότητα δημιουργουμένην μεταξὺ πλειόνων χωρῶν, ἐν ὄψει κοινῶν κανονισμῶν εἰς τὸν τομέα τῆς παραγωγῆς, τοῦ ἐμπορίου καὶ τῶν παροχῶν ἢ πρὸς διάσωσιν τῆς ἀσφαλείας τῶν χωρῶν τούτων.

(δ) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται ὑφ᾽ἑνὸς ἢ ὑπ᾽ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς μίαν ἢ περισσοτέρας τρίτας χώρας εἰς τὸν τομέα τῆς πολιτικῆς ἀεροπορίας.

(ε) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα ἓν ἐκ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν παραχωρεῖ εἰς τρίτα Κράτη δυνάμει Συμφωνιῶν πρὸς ἀποφυγὴν τῆς διπλῆς φορολογίας.

Ἄρθρον 25ον

Ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν παρέχει τὴν ἐθνικὴν μεταχείρισιν εἰς τὸ πλαίσιον τῆς παρούσης Συνθήκης λόγῳ τοῦ γεγονότος ὅτι ἡ ἐθνικὴ μεταχείρισις παρέχεται ὡσαύτως ὑπὸ τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς τοὺς ἰδίους τομεῖς.

Ἄρθρον 26ον

(1) Οὐδεμία διάταξις τῆς παρούσης συνθήκης κωλύει τὸ ἓν ἐκ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὅπως χορηγήσῃ εἰς ὑπηκόους καὶ ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εὐνοϊκωτέραν μεταχείρισιν ἀπὸ τὴν προβλεπομένην ἐν τῇ παρούσῃ Συνθήκῃ.

(2) Ἐὰν εἴτε ἐκ τῆς νομοθεσίας τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἴτε ἐκ τῶν ὑποχρεώσεων Διεθνοῦς Δικαίου αἵτινες παραλλήλως πρὸς τὴν παροῦσαν Συνθήκην ὑφίστανται ἢ θὰ ὑπάρξουν ἐν μέλλοντι μεταξὺ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, προκύψῃ διακανονισμὸς βάσει τοῦ ὁποίου οἱ ὑπήκοοι καὶ αἱ Ἑταιρεῖαι τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους δέον νὰ ἐπωφεληθοῦν εὐνοϊκωτέρας μεταχειρίσεως τῆς προβλεπομένης εἰς τὴν παροῦσαν Συνθήκην, ὁ διακανονισμὸς οὗτος δὲν θὰ θίγεται ἀπὸ τὴν παροῦσαν Συνθήκην.

Ἄρθρον 27ον

Εἰς πάσας τὰς περιπτώσεις καθ᾽ ἃς ἡ παροῦσα συνθήκη παραχωρεῖ ὁμοῦ τὴν ἐθνικὴν μεταχείρισιν καὶ τὴν μεταχείρισιν τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου κράτους, ἐφαρμόζεται ἡ εὐνοϊκωτέρα μεταχείρισις.

Ἄρθρον 28ον

(1) Ἐν περιπτώσει διαφορᾶς γνωμῶν περὶ τὴν ἑρμηνείαν ἢ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συνθήκης τὰ συμβαλλόμενα Κράτη ὑποχρεοῦνται νὰ διεξαγάγουν φιλικὰς συνεννοήσεις πρὸς ἐξεύρεσιν λύσεως.

2. Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden kann, ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

3. a) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet und besteht aus drei Schiedsrichtern. Jeder Vertragsstaat bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter einigen sich auf einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staates sein muß und von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten bestellt wird.

b) Jeder Vertragsstaat hat seinen Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach einem dahingehenden Antrag des anderen Vertragsstaates zu benennen; kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so wird der Schiedsrichter auf Antrag des anderen Vertragsstaates vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

c) Können sich die Schiedsrichter innerhalb eines Monats nach ihrer Bestellung über den Obmann des Schiedsgerichts nicht einigen, so wird dieser auf Antrag eines der beiden Vertragsstaaten durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes verhindert, dem Antrag gemäß Unterabsatz b) und c) dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so wird die Ernennung vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist auch der Vizepräsident verhindert oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so erfolgt die Ernennung durch das rangälteste Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist.

4. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund der Bestimmungen dieses Vertrages sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

5. Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsstaaten bindend.

6. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Schiedsrichters und seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die übrigen Kosten werden von beiden Teilen je zur Hälfte getragen.

7. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(2) Ἐφ' ὅσον μία διαφορὰ γνωμῶν δὲν δύναται κατὰ τὸν τρόπον τοῦτον νὰ διευθετηθῇ, θὰ ὑποβάλλεται αὕτη ἐπὶ τῇ αἰτήσει ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς Διαιτητικὸν Δικαστήριον.

(3) (α) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον θὰ συνιστᾶται ἑκάστοτε καὶ συγκροτεῖται ἐκ τριῶν Διαιτητῶν. Ἕκαστον συμβαλλόμενον Κράτος ὁρίζει ἕνα Διαιτητὴν. Οἱ δύο οὕτως ὁρισθέντες Διαιτηταὶ συμφωνοῦν περὶ τοῦ Προεδρεύοντος Διαιτητοῦ, ὅστις δέον νὰ εἶναι ὑπήκοος τρίτου Κράτους καὶ θὰ διορισθῇ ὑπὸ τῶν Κυβερνήσεων τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν.

(β) Ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δέον νὰ ὁρίσῃ τὸν Διαιτητὴν αὐτοῦ ἐντὸς δύο μηνῶν ἀπὸ τῆς πρὸς τοῦτο αἰτήσεως τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Ἐὰν τοῦτο δέν ἀνταποκριθῇ εἰς τὴν ὑποχρέωσιν ταύτην, ὁ Διαιτητὴς θὰ ὁρίζεται, κατ' αἴτησιν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Διεθνοῦς Δικαστηρίου.

(γ) Ἐὰν οἱ Διαιτηταὶ δὲν δύνανται ἐντὸς μηνὸς μετὰ τὸν διορισμόν των νὰ συμφωνήσουν ἐπὶ τοῦ Προεδρεύοντος Διαιτητοῦ τοῦ Διαιτητικοῦ Δικαστηρίου, οὗτος θὰ ὁρίζεται, κατ' αἴτησιν τοῦ ἑνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Διεθνοῦς Δικαστηρίου.

(δ) Ἐὰν ὁ Πρόεδρος τοῦ Διεθνοῦς Δικαστηρίου κωλύεται νὰ ἀνταποκριθῇ εἰς τὴν κατὰ τὰ ἐδάφια (β) καὶ (γ) τῆς παραγράφου ταύτης αἴτησιν, ἢ εἶναι ὑπήκοος ἑνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν, ὁ διορισμὸς θὰ γίνεται ὑπὸ τοῦ Ἀντιπροέδρου. Ἐὰν κωλύεται καὶ ὁ Ἀντιπρόεδρος ἢ εἶναι ὑπήκοος ἑνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν, ὁ διορισμὸς θὰ γίνεται ὑπὸ τοῦ ἐν τῷ βαθμῷ ἀρχαιοτέρου μέλους τοῦ Δικαστηρίου, τὸ ὁποῖον δὲν εἶναι ὑπήκοος τοῦ ἑνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν.

(4) Τὸ Δικαστήριον ἀποφασίζει ἐπὶ τῇ βάσει τῶν διατάξεων τῆς παρούσης Συνθήκης ὡς καὶ τῶν γενικῶν κανόνων τοῦ Διεθνοῦς Δικαίου.

(5) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον ἀποφασίζει κατὰ πλειοψηφίαν. Αἱ ἀποφάσεις του εἶναι δεσμευτικαὶ διὰ τὰ συμβαλλόμενα Κράτη.

(6) Ἕκαστον συμβαλλόμενον Κράτος ἀναλαμβάνει τὰ ἔξοδα τοῦ Διαιτητοῦ του καὶ τῆς ἐκπροσωπήσεώς του κατὰ τὴν διαδικασίαν ἐνώπιον τοῦ Διαιτητικοῦ Δικαστηρίου. Τὰ ὑπόλοιπα ἔξοδα ἀναλαμβάνονται ὑπ' ἀμφοτέρων τῶν Μερῶν κατὰ τὸ ἥμισυ ὑφ' ἑκάστου.

(7) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον καθορίζει τὸν Δικονομικόν του Κανονισμόν.

Artikel 29

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Ἄρθρον 29ον

Ἡ παροῦσα Συνθήκη ἰσχύει ἐπίσης καὶ διὰ τὴν χώραν τοῦ Βερολίνου, ἐφ' ὅσον ἐντὸς τριῶν μηνῶν ἀπὸ τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος τῆς Συνθήκης ἡ Κυβέρνησις τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας δὲν ἤθελεν προβῇ εἰς ἀντίθετον Δήλωσιν πρὸς τὴν Κυβέρνησιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

Artikel 30

1. Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Athen ausgetauscht werden.

2. Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

3. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

Ἄρθρον 30ον

(1) Ἡ παροῦσα Συνθήκη ἔχει ἀνάγκην ἐπικυρώσεως. Τὰ ὄργανα ἐπικυρώσεως θὰ ἀνταλλαγῶσιν ἐν Ἀθήναις κατὰ τὸ δυνατὸν ταχύτερον.

(2) Ἡ παροῦσα Συνθήκη τίθεται ἐν ἰσχύϊ ἕνα μῆνα μετὰ τὴν ἀνταλλαγὴν τῶν ὀργάνων ἐπικυρώσεως.

(3) Μετὰ πάροδον 10 ἐτῶν ἡ Συνθήκη δύναται νὰ καταγγελθῇ ἀνὰ πᾶσαν στιγμήν, παραμένει ὅμως ἐν ἰσχύϊ μετὰ γενομένην καταγγελίαν ἐπὶ ἓν εἰσέτι ἔτος.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am achtzehnten März eintausendneunhundertundsechzig in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in griechischer Sprache, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:

A. H. van Scherpenberg

Für das
Königreich Griechenland:

Ypsilanti

Εἰς πίστωσιν τῶν ὁποίων οἱ πληρεξούσιοι ὑπέγραψαν τὴν παροῦσαν Συνθήκην καὶ ἐπέθεσαν τὰς σφραγίδας των.

Ἐγένετο ἐν Βόννῃ, σήμερον τὴν 18ην Μαρτίου 1960 εἰς τέσσαρα πρωτότυπα, δύο εἰς τὴν Ἑλληνικὴν καὶ δύο εἰς τὴν Γερμανικήν, τὰ κείμενα δὲ εἰς ἀμφοτέρας τὰς γλώσσας παρέχουσιν ἐξ ἴσου πίστιν.

Διὰ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος:

Θωμᾶς Ὑψηλάντης

Διὰ τὴν Γερμανικὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν:

A. H. van Scherpenberg

Protokoll

Die beiden Staaten, die den heute in Bonn unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag abschließen, nehmen auf die Bestimmungen des genannten Vertrages Bezug und haben sich über die nachfolgenden Vorschriften geeinigt, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bilden sollen:

1. Zu Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1

   Den Grundsätzen des Artikels 1 und des Artikels 2 Absatz 1 entsprechend werden die Anträge auf Erteilung, Erneuerung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wohlwollend geprüft. Dies gilt vorzugsweise für die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, durch deren Anwesenheit die Betätigung von Unternehmen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates oder die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet gefördert wird

2. Zu Artikel 2 Absatz 3

   Der Ablauf der genannten Frist soll entsprechend den Grundsätzen des Artikels 1 Absatz 1 des Vertrages nicht aus anderen als den in Artikel 2 Absatz 1 des Vertrages genannten Gründen der Staatssicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit gehindert werden.

   Der Aufenthalt von Staatsangehörigen eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates gilt als ordnungsmäßig im Sinne von Artikel 2, wenn den Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Freizügigkeit der Ausländer sowie die Ausübung einer Erwerbstätigkeit durch Ausländer entsprochen ist.

3. Zu Artikel 2 Absatz 4

   Eine Abwesenheit, die die Dauer von drei Monaten im Jahr nicht überschreitet, gilt nicht als Unterbrechung des ordnungsmäßigen Aufenthalts. Wird diese Frist überschritten, tritt eine Unterbrechung dann nicht ein, wenn zwingende Gründe die rechtzeitige Rückkehr verhindern.

4. Zu Artikel 4 Absatz 1

   Personen, die die Staatsangehörigkeit der beiden Vertragsstaaten besitzen, erfüllen ihre gesetzliche Wehrdienstpflicht in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet sie ihren dauernden Aufenthalt und ihre Lebensgrundlage haben.

   Als Erfüllung der Wehrdienstpflicht gilt nicht eine bezahlte Tätigkeit als Dolmetscher, als Arbeitsaufseher oder als Arbeitnehmer auf Grund eines Arbeitsvertrages.

   Der nach Satz 1 in dem einen Vertragsstaat geleistete und nachgewiesene Wehrdienst wird von dem anderen Vertragsstaat als Erfüllung der gesetzlichen Wehrdienstpflicht in dem zeitlichen Ausmaß des geleisteten Wehrdienstes anerkannt.

5. Zu Artikel 4 Absatz 4

   Unter „Naturkatastrophen oder ähnlichen Katastrophen" in Artikel 4 Absatz 4 fallen nicht Krieg und kriegsähnliche Zustände.

6. Zu Artikel 5 Absatz 3 und 4

   Die Bestimmungen des Artikels 5 Absatz 3 und 4 gelten auch für die Überführung eines Privatunternehmens in öffentliches Eigentum, seine Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes privaten Vermögensrechts zu verstehen.

ΠΡΩΤΟΚΟΛΛΟΝ

Τὰ δύο Κράτη ἅτινα συνάπτουν τὴν σήμερον ἐν Βόννῃ ὑπογραφεῖσαν Συνθήκην Ἐγκαταστάσεως καὶ Ναυτιλίας ἀναφερόμενα εἰς τὰς διατάξεις τῆς ῥηθείσης Συνθήκης συνεφώνησαν ἐπὶ τῶν ἀκολούθων διατάξεων, αἵτινες ἀποτελοῦν ἀναπόσπαστον μέρος τῆς Συνθήκης:

1. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 1 καὶ τοῦ ἄρθρου 2 παράγραφος 1.

   Σμυφώνως πρὸς τὰς ἐν τῷ ἄρθρῳ 1 καὶ τῇ παραγράφῳ 1 τοῦ ἄρθρου 2 τῆς Συνθήκης ἀρχάς, αἱ αἰτήσεις χορηγήσεως αδείας παραμονῆς, ἀνανεώσεως καὶ παρατάσεως αὐτῆς θὰ ἐξετάζωνται μετ᾽εὐμενείας. Τοῦτο ἰσχύει κατὰ πρῶτον λόγον διὰ τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους διὰ τῆς παρουσίας τῶν ὁποίων προάγεται ἡ δραστηριότης τῶν ἐπιχειρήσεων τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, καὶ ἡ συνεργασία εἰς τὸ μορφωτικὸν ἐπίπεδον.

2. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 2 παράγραφος 3.

   Ἡ ἐκπνοὴ τῆς ἀναφερομένης προθεσμίας δέον νὰ μὴ ἐμποδίζεται συμφώνως πρὸς τὰς ἀρχὰς τοῦ ἄρθρου 1 παράγραφος 1 τῆς Συνθήκης διὰ λόγους ἄλλους εἰ μὴ μόνον διὰ τοὺς λόγους ἀσφαλείας τοῦ Κράτους, δημοσίας τάξεως ἢ χρηστῶν ἠθῶν τοὺς ἀναφερομένους εἰς τὴν παράγραφον 1 τοῦ ἄρθρου 2 τῆς παρούσης συμφωνίας.

   Ἡ διαμονὴ ὑπηκόων ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους θεωρεῖται κανονικὴ ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἄρθρου 2 ὅταν εἶναι σύμφωνος πρὸς τὰς διατάξεις περὶ εἰσόδου, παραμονῆς καὶ ἐλευθέρας κινήσεως τῶν ἀλλοδαπῶν καὶ περὶ ἀσκήσεως ἐπαγγελματικῆς δραστηριότητος παρ᾽ἀλλοδαπῶν.

3. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 2 παράγραφος 4.

   Ἀπουσία ἥτις δὲν ὑπερβαίνει τοὺς τρεῖς μῆνας κατ᾽ἔτος δὲν θεωρεῖται ὡς διακοπὴ τῆς κανονικῆς διαμονῆς. Ἐὰν γίνῃ ὑπέρβασις τῆς προθεσμίας ταύτης δὲν θὰ θεωρεῖται διακοπὴ ἐὰν ἐπιτακτικοὶ λόγοι παρακωλύουν τὴν ἐμπρόθεσμον ἐπιστροφήν.

4. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 4 παράγραφος 1.

   Τὰ πρόσωπα ἅτινα κέκτηνται τὴν ὑπηκοότητα καὶ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν ἐκπληροῦν τὴν νόμιμον στρατιωτικὴν ὑποχρέωσιν αὐτῶν εἰς ἐκεῖνο τὸ συμβαλλόμενον Κράτος εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ὁποίου ἔχουσι τὴν μόνιμον αὐτῶν διαμονὴν καὶ τὴν βιοποριστικὴν ἐγκατάστασιν αὐτῶν.

   Ὡς ἐκπλήρωσις στρατιωτικῆς ὑποχρεώσεως δὲν θεωρεῖται ἡ ἀμειβομένη ὑπηρεσία ὡς διερμηνέως, ὡς ἐπόπτου ἐργασίας ἢ ὡς ἐργάτου βάσει συμβάσεως ἐργασίας.

   Ἡ κατὰ τὴν παράγραφον 1 ἐκτελεσθεῖσα καὶ ἀποδειχθεῖσα στρατιωτικὴ ὑπηρεσία εἰς τὸ ἓν συμβαλλόμενον Κράτος ἀναγνωρίζεται ὑπὸ τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς ἐκπλήρωσις τῆς νομίμου στρατιωτικῆς ὑποχρεώσεως διὰ τὸν χρόνον τῆς ἐκτελεσθείσης στρατιωτικῆς ὑπηρεσίας.

5. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 4 παράγραφος 4.

   Ὡς καταστροφὴ προερχομένη ἐκ τῆς φύσεως ἢ ἀνάλογος καταστροφὴ δὲν θεωρεῖται ὁ πόλεμος ἢ ἀνάλογος κατάστασις ἐν τῇ ἐννοίᾳ τῆς παραγράφου 4 τοῦ ἄρθρου 4.

6. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 5 παράγραφοι 3 καὶ 4.

   Αἱ διατάξεις τοῦ ἄρθρου 5 παράγραφοι 3 καὶ 4 ἰσχύουν ἐπίσης καὶ διὰ τὴν μεταβίβασιν ἰδιωτικῆς ἐπιχειρήσεως εἰς τὴν κυριότητα τοῦ Δημοσίου, τὴν ὑπαγωγὴν αὐτῆς ὑπὸ τὴν ἐποπτείαν τοῦ Δημοσίου ἢ ἀναλόγους ἐπεμβάσεις τοῦ Δημοσίου. Ὡς ἀπαλλοτρίωσις θεωρεῖται ἡ ἀφαίρεσις ἢ ἡ δέσμευσις παντὸς περιουσιακοῦ δικαιώματος.

7. Zu Artikel 6 Absatz 1

   Im Interesse der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsstaaten können die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie Inländer bei Schiedsverfahren, bei denen die Wahl der Schiedsrichter ausschließlich den Beteiligten überlassen ist, schiedsrichterliche Aufgaben erfüllen.

8. Zu Artikel 7 Absatz 1

   Die Zulassung zu wirtschaftlichen Tätigkeiten umfaßt auch die Errichtung und Unterhaltung von Zweigniederlassungen, Vertretungen, Büros, Fabriken und anderen zur Führung der Geschäfte geeigneten Betrieben.

   Um die Zulassung zu selbständigen wirtschaftlichen und beruflichen Tätigkeiten zu erleichtern, werden die Vertragsstaaten bei der Erteilung erforderlicher Genehmigungen großzügig verfahren.

9. Zu Artikel 7 Absatz 2

   Unter Leitung und Verwaltung sind die Tätigkeiten der in Artikel 8 Absatz 4 Satz 2 aufgeführten Personen und der Personen zu verstehen, die nach den Rechtsvorschriften und nach den Bestimmungen der Satzung zur Vertretung der Gesellschaft, zur verantwortlichen Führung oder zur Überwachung der Geschäfte der Gesellschaft berufen sind.

10. Zu Artikel 7 Absatz 4

    Als Unternehmen, die unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates stehen, sind insbesondere Unternehmen anzusehen, auf deren Verwaltung Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates auf Grund von kapitalmäßigen Beteiligungen einzuwirken in der Lage sind.

11. Zu Artikel 7 Absatz 5

    a) Der Begriff des „öffentlichen Dienstes" richtet sich nach den Rechtsvorschriften eines jeden Vertragsstaates.

    b) Die Vertragsstaaten stimmen gemäß Artikel 7 Absatz 5 überein, daß die in den Absätzen 1, 2 und 4 des Artikels 7 vereinbarte Inländerbehandlung auf folgende Berufe und Tätigkeiten keine Anwendung findet:

       1. Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte,
       2. Heilpraktiker, Hebammen,
       3. Apotheker,
       4. Notare, Rechtsanwälte, Rechtsbeistände,
       5. Patentanwälte,
       6. Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer, Steuerberater, Helfer in Steuersachen,
       7. Auswanderungsunternehmer, Auswanderungsagenten,
       8. Bezirksschornsteinfeger,
       9. Buchmacher und Lotterieeinnehmer,
       10. Versicherungsunternehmen, Bank- und Kreditunternehmen,
       11. Kapitäne, Schiffsoffiziere und Besatzungen sowie Lotsen der Handelsmarine,
       12. Gewerbsmäßige Herstellung von Schußwaffen und Munition und Handel mit diesen Waren,
       13. Erzeugung, Handel oder Verwendung von Sprengstoffen,
       14. Herstellung, Beförderung und Inverkehrbringen von Kriegswaffen,
       15. Gewerbebetrieb im Umherziehen und ambulantes Gewerbe am Wohnort,

7. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 6 παράγραφος 1.

   Ἐν τῷ συμφέροντι τῶν οἰκονομικῶν σχέσεων μεταξὺ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύνανται οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους νὰ ἐκτελοῦν ὡς οἱ ἐντόπιοι τὰ ἔργα διαιτησίας ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, κατὰ τὰς διαδικασίας διαιτησίας εἰς ἃς ἡ ἐκλογὴ τῶν διαιτητῶν ἐπαφίεται καθ' ὁλοκληρίαν εἰς τὰ Μέρη.

8. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 7 παράγραφος 1.

   Ἡ εἰσδοχὴ εἰς οἰκονομικὰς δραστηριότητας περιλαμβάνει ἐπίσης τὴν ἵδρυσιν καὶ διατήρησιν ὑποκαταστημάτων, ἀντιπροσωπειῶν, γραφείων, ἐργοστασίων καὶ ἄλλων καταστημάτων καταλλήλων διὰ τὴν διαχείρισιν τῶν ὑποθέσεων.

   Ὅπως διευκολύνουν τὴν εἰσδοχὴν εἰς αὐτοτελεῖς οἰκονομικὰς καὶ ἐπαγγελματικὰς δραστηριότητας τὰ συμβαλλόμενα Κράτη θὰ εἶναι γενναιόφρονα κατὰ τὴν χορήγησιν τῶν ἀπαιτουμένων ἐγκρίσεων.

9. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 7 παράγραφος 2.

   Ὡς διεύθυνσις καὶ διοίκησις νοοῦνται αἱ δραστηριότητες τῶν εἰς τὴν παράγραφον 4, ἐδάφιον 2 τοῦ ἄρθρου 8 ἀναφερομένων προσώπων καὶ τῶν προσώπων, ἅτινα κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ νόμου καὶ κατὰ τοὺς ὅρους τοῦ Καταστατικοῦ καλοῦνται εἰς ἐκπροσώπησιν τῆς Ἑταιρείας, εἰς ὑπεύθυνον διεύθυνσιν ἢ εἰς ἐποπτείαν τῶν ἐργασιῶν τῆς ἑταιρείας.

10. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 7 παράγραφος 4.

    Ὡς ἐπιχειρήσεις ὑπὸ τὴν ἐπιρροὴν ὑπηκόων ἢ Ἑταιρειῶν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους θὰ θεωροῦνται ἰδιαιτέρως αἱ ἐπιχειρήσεις ἐπὶ τῆς διοικήσεως τῶν ὁποίων οἱ ὑπήκοοι ἢ αἱ Ἑταιρεῖαι τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἶναι εἰς θέσιν νὰ ἀσκοῦν ἐπιρροὴν λόγῳ μετοχῆς εἰς τὸ κεφάλαιον.

11. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 7 παράγραφος 5.

    (α) Ἡ ἔννοια τῆς δημοσίας ὑπηρεσίας κρίνεται κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ νόμου ἑκάστου συμβαλλομένου Κράτους.

    (β) Τὰ συμβαλλόμενα Κράτη συμφωνοῦν κατὰ τὴν παράγραφον 5 τοῦ ἄρθρου 7, ὅτι ἡ εἰς τὰς παραγράφους 1,2 καὶ 4 τοῦ ἄρθρου 7 συμφωνηθεῖσα ἐθνικὴ μεταχείρισις δὲν ἐφαρμόζεται εἰς τὰ ἀκόλουθα ἐπαγγέλματα καὶ δραστηριότητας:

       1. Ἰατροί, ὀδοντίατροί, κτηνίατροι.
       2. Πρακτικοὶ θεραπευταί, μαῖαι.
       3. Φαρμακοποιοί.
       4. Συμβολαιογράφοι, Δικηγόροι, Δικολάβοι.
       5. Δικηγόροι εἰδικευμένοι διὰ τὰ διπλώματα εὑρεσιτεχνίας.
       6. Ὁρκωτοὶ λογισταί, λογισταί, φορολογικοὶ σύμβουλοι, βοηθοὶ φορολογικῶν ὑποθέσεων.
       7. Ἐπιχειρηματίαι μεταναστεύσεως, πράκτορες μεταναστεύσεως.
       8. Περιφερειακοὶ καπνοδοχοκαθαρισταί.
       9. Πράκτορες στοιχημάτων καὶ λαχείων.
       10. Ἀσφαλιστικαὶ Ἑταιρεῖαι, Τραπεζιτικαὶ καὶ Πιστωτικαὶ ἐπιχειρήσεις.
       11. Πλοίαρχοι, Ἀξιωματικοὶ καὶ πληρώματα πλοίων ὡς καὶ πλοηγοὶ τοῦ ἐμπορικοῦ ναυτικοῦ.
       12. Κατ' ἐπάγγελμα βιομηχανικὴ κατασκευὴ πυροβόλων ὅπλων καὶ πολεμοφοδίων ὡς καὶ τὸ ἐμπόριον τῶν ἐμπορευμάτων τούτων.
       13. Παραγωγή, ἐμπόριον ἢ χρησιμοποίησις ἐκρηκτικῶν ὑλῶν.
       14. Κατασκευή, μεταφορὰ καὶ κυκλοφόρησις πολεμικῶν ὅπλων.
       15. Πλανόδιος πώλησις καὶ πλανόδια ἐπαγγέλματα εἰς τὸν τόπον διαμονῆς.

16. Gewerbsmäßige Verwendung von Luftfahrzeugen einschließlich der Beförderung in Luftfahrzeugen,
17. Gewerbsmäßige Aufsuchung und Ausbeutung von Minerallägern und Erdölvorkommen

Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates in allen vorstehend aufgeführten Angelegenheiten Meistbegünstigung gewährt.

12. Zu Artikel 8

Für Entscheidungen über die Erteilung der Arbeitserlaubnis gemäß den innerstaatlichen Vorschriften werden Gebühren nicht erhoben.

13. Zu Artikel 8 Absatz 2

Für die Entscheidung darüber, ob eine Unterbrechung der in Artikel 8 Absatz 2 genannten Mindestbeschäftigungsdauer von fünf Jahren vorliegt, sind die Gesetze und Verwaltungsvorschriften eines jeden Vertragsstaates maßgebend.

14. Zu Artikel 8 Absatz 8

Ziffer 3 des Protokolls gilt entsprechend.

15. Zu Artikel 11

a) Artikel 11 hindert keinen Vertragsstaat daran, als Voraussetzung für die Eintragung in das nationale Register vorzuschreiben, daß Schiffe und Luftfahrzeuge nicht im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines ausländischen Staates stehen dürfen.

b) Die in jedem Vertragsstaat geltenden Beschränkungen des Erwerbs von Grundstücken durch Ausländer bleiben unberührt.

16. Zu Artikel 12

Der Artikel 12 findet auf Zölle und Abgaben jeder Art, die auf Ein- und Ausfuhren erhoben werden, die sich nach den Vorschriften der Artikel II und IV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 (revidierter Text), dem die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Griechenland angehören, richten, keine Anwendung.

17. Zu Artikel 19

a) Die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 1 lassen die Vorschriften beider Vertragsstaaten über den Kraftfahrzeugverkehr und den Luftverkehr unberührt.

b) Beim Durchfuhrverkehr stehen die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 3 der Erhebung von Steuern oder anderen Abgaben nicht entgegen, die für die Beförderung oder für den Verkehr mit Beförderungsmitteln zu entrichten sind, sofern sie in Übereinstimmung mit der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung erhoben werden.

18. Zu Artikel 22 Buchstabe c

Unter „Küstenschiffahrt" ist auch jeder Transport von Waren zu verstehen, die unmittelbar oder mittelbar in den Häfen des einen der Vertragsstaaten umgeladen werden, um zu einem anderen Hafen desselben Vertragsstaates transportiert zu werden, selbst wenn sie von einem direkten und von ihrer Herkunft oder ihrer Bestimmung unabhängigen Konnossement begleitet sind. Das gleiche gilt für die Beförderung von Fahrgästen, selbst wenn sie im Besitz direkter Fahrscheine sind.

19. Zu Artikel 24 Buchstabe a

Cypern gilt als ein an Griechenland angrenzendes Land im Sinne dieser Bestimmung.

16. Κατ' ἐπάγγελμα χρησιμοποίησις ἀεροπλάνων συμπεριλαμβανομένης τῆς μεταφορᾶς δι' ἀεροπλάνων.
17. Κατ' ἐπάγγελμα ἔρευνα καὶ ἐκμετάλλευσις ὀρυκτῶν καὶ κοιτασμάτων πετρελαίου.

Δι' ἁπάσας τὰς προηγουμένως ἐκτεθεῖσας ἐργασίας παρέχεται εἰς τοὺς ὑπηκόους καὶ τὰς ἑταιρείας τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἡ ῥήτρα τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους.

12. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 8.

Διὰ τὰς ἀποφάσεις περὶ χορηγήσεως τῆς ἀδείας ἐργασίας, κατὰ τὰς ἐσωτερικὰς διατάξεις, δὲν θὰ εἰσπράττωνται τέλη.

13. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 8 παράγραφος 2.

Διὰ τὴν ἀπόφασιν ἐὰν ὑφίσταται διακοπὴ τῆς εἰς τὸ ἄρθρον 8 παράγραφος 2 ἀναφερομένης κατωτάτης προθεσμίας ἀπασχολήσεως τῶν 5 ἐτῶν θὰ ἰσχύουν οἱ νόμοι καὶ αἱ διοικητικαὶ διατάξεις ἑκάστου συμβαλλομένου Κράτους.

14. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 8 παράγραφος 8.

Ὁ ἀριθμὸς 3 τοῦ Πρωτοκόλλου ἰσχύει ἀντιστοίχως.

15. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 11.

(α) Τὸ ἄρθρον 11 δὲν ἐμποδίζει οὐδὲν συμβαλλόμενον Κράτος νὰ θέσῃ ὡς ὅρον διὰ τὴν ἐγγραφὴν εἰς τὸ κρατικὸν μητρῶον, ὅτι πλοῖα καὶ ἀεροσκάφη δὲν δύνανται νὰ ἀνήκουν εἰς τὴν ἰδιοκτησίαν ὑπηκόων ἢ Ἑταιρειῶν ἑνὸς ξένου Κράτους.

(β) Οἱ εἰς ἕκαστον συμβαλλόμενον Κράτος ἰσχύοντες ἑκάστοτε περιορισμοὶ οἱ ἀφορῶντες τὴν ἀπόκτησιν ἀκινήτων ἐκ μέρους ἀλλοδαπῶν δὲν θίγονται.

16. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 12.

Τὸ ἄρθρον 12 δὲν ἐφαρμόζεται εἰς τοὺς δασμοὺς καὶ εἰσφορὰς πάσης φύσεως τοὺς εἰσπραττομένους κατὰ τὴν εἰσαγωγὴν ἢ ἐξαγωγήν, οἵτινες ὑπάγονται εἰς τὸ καθεστὼς τὸ καθορισθὲν ὑπὸ τῶν ἄρθρων II καὶ IV τῆς ἀπὸ 30 Ὀκτωβρίου 1947 Γενικῆς Συμφωνίας ἐπὶ τῶν δασμῶν καὶ τοῦ ἐμπορίου (ἀναθεωρηθὲν κείμενον) εἰς ἣν ἡ Ὁμοσπονδιακὴ Δημοκρατία τῆς Γερμανίας καὶ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος εἶναι συμβαλλόμενα Μέρη.

17. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 19.

(α) Οἱ ὅροι τοῦ ἄρθρου 19 παράγραφος 1 δὲν θίγουν τὰς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν περὶ κυκλοφορίας αὐτοκινήτων καὶ ἀεροπλάνων.

(β) Ἐπὶ κυκλοφορίας διαμετακομίσεως οἱ ὅροι τοῦ ἄρθρου 19 παράγραφος 3 δὲν ἀντίκεινται εἰς τὴν εἴσπραξιν φόρων καὶ ἄλλων εἰσφορῶν, οἵτινες δέον νὰ καταβληθοῦν διὰ τὴν μεταφορὰν ἢ τὴν κυκλοφορίαν διὰ μεταφορικῶν μέσων, ἐφ'ὅσον οὗτοι εὑρίσκονται ἐν ἁρμονίᾳ μὲ τὴν ἐθνικὴν μεταχείρισιν καὶ τὴν ῥήτραν τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους.

18. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 22, στοιχεῖον γ.

Ὡς « ἀκτοπλοΐα » νοεῖται ἐπίσης πᾶσα μεταφορὰ ἐμπορευμάτων ἅτινα ἀμέσως ἢ ἐμμέσως μεταφορτώνονται εἰς τοὺς λιμένας ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἵνα μεταφερθῶσιν εἰς ἕτερον λιμένα τοῦ αὐτοῦ συμβαλλομένου Κράτους ἀκόμη καὶ ὅταν συνοδεύωνται ὑπὸ ἀμέσου φορτωτικῆς συνεχείας καὶ ἀνεξαρτήτως τῆς προελεύσεως ἢ τοῦ προορισμοῦ των. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει καὶ διὰ τὴν μεταφορὰν ἐπιβατῶν ἀκόμη καὶ ἐὰν οὗτοι εἶναι κάτοχοι εἰσιτηρίων συνεχείας.

19. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 24, στοιχεῖον α.

Κατὰ τὴν ἔννοιαν τῆς διατάξεως ταύτης ἡ Κύπρος θεωρεῖται ὅμορος τῆς Ἑλλάδος Χώρα.

Das vorstehende Protokoll wird zu gleicher Zeit wie der genannte Vertrag unterzeichnet und bleibt ebenso lange wie der Vertrag selbst in Kraft. Der Wortlaut beider Sprachen ist in gleicher Weise verbindlich.

GESCHEHEN zu Bonn am achtzehnten März eintausendneunhundertundsechzig.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
A. H. van Scherpenberg

Für das Königreich Griechenland:
Ypsilanti

Τὸ παρὸν πρωτόκολλον θὰ ὑπογραφῇ ὁμοῦ μετὰ τῆς ρηθείσης Συνθήκης καὶ θὰ παραμείνη ἐν ἰσχύϊ ἐφ' ὅσον καὶ αὐτὴ ἡ Συνθήκη. Τὰ κείμενα εἰς ἀμφοτέρας τὰς γλῶσσας παρέχουσιν ἐξ ἴσου πίστιν.

'ΕΓΕΝΕΤΟ ἐν Βόννῃ, σήμερον τὴν 18ην Μαρτίου 1960

Διὰ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος:
Θωμᾶς Ὑψηλάντης

Διὰ τὴν Γερμανικὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν:
A. H. van Scherpenberg

Briefwechsel

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen bei der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für angezeigt erachtet, zu dem Vertrag folgendes klarzustellen:

Die innerstaatlichen Vorschriften über die Auswanderung und die Beförderung der Auswanderer werden durch den Vertrag nicht berührt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird jedoch in Erwartung der Gegenseitigkeit die erforderlichen Genehmigungen nicht aus dem Grund versagen, weil der Antrag von griechischer Seite gestellt wird. Von dem Geiste der Zusammenarbeit geleitet, der bei Ausarbeitung dieses Vertrages geherrscht hat, und im Hinblick auf die zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, beabsichtigen die zuständigen Behörden, in der Bundesrepublik Deutschland mit der gleichen Großzügigkeit wie bisher Anträge von griechischer Seite auf Zulassung zur Beförderung von Auswanderern zu behandeln.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen bei der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für angezeigt erachtet, zu dem Vertrag folgendes klarzustellen:

Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland sind alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti

Denkschrift

zu dem Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland
vom 18. März 1960

I. Allgemeines

Die letzte vertragliche Regelung des Niederlassungs- und Schiffahrtswesens zwischen Deutschland und Griechenland ist in dem Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 24. März 1928 (Reichsgesetzbl. 1928 II S. 239) enthalten. Dieser Vertrag ist durch den Krieg hinfällig geworden.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen beider Länder, die auch in der für Griechenland vorgesehenen Wirtschaftshilfe ihren Ausdruck findet, und der ständig steigenden Zahl von Staatsangehörigen des einen Landes, die im Gebiet des anderen Landes ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben und vielfach einem Beruf nachgehen, erschien eine vertragliche Regelung, die die neueste Entwicklung auf den in Frage stehenden Gebieten berücksichtigt, wünschenswert.

Eine Wiederinkraftsetzung des Vertrages aus dem Jahre 1928 war nicht möglich, da dieser Vertrag der inzwischen veränderten Gesetzgebung beider Länder und den von ihnen abgeschlossenen bilateralen und multilateralen Verträgen nicht mehr entsprach. Der neue deutsch-griechische Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag, der zunächst zehn Jahre in Kraft bleiben soll, hat die Aufgabe, bei größtmöglicher Freizügigkeit die Niederlassung sowie die berufliche und sonstige Betätigung der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu gewährleisten und den rechtlichen Schutz der Person und des Eigentums sicherzustellen. In den schiffahrtsrechtlichen Bestimmungen des Vertrages sichern sich beide Staaten zu, die Handelsmarine des anderen Staates wie die eigene zu behandeln und jede Diskriminierung der Seeschiffahrt des anderen Vertragsstaates zu unterlassen.

Das Prinzip der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung bestimmen den Vertrag.

Es ist zu erwarten, daß dieser Vertrag dazu beitragen wird, zahlreiche in der Vergangenheit aufgetretene Fragen in zufriedenstellender Weise künftig zu regeln.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

In Absatz 1 verpflichten sich die Vertragsstaaten entsprechend dem Geist des Vertragswerks, die Einreise und den Aufenthalt der Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates künftig weiter zu erleichtern.

Absatz 2 gibt den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates das Recht, im Rahmen der geltenden Bestimmungen in das Gebiet des anderen Vertragsstaates einzureisen und sich dort kürzere oder längere Zeit aufzuhalten. Allgemeiner Übung entsprechend behalten sich beide Vertragsstaaten jedoch vor, die Einreise und den Aufenthalt von Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, der Gesundheit oder der Sittlichkeit zu beschränken.

Zu Artikel 2

Artikel 2 sichert die Rechtsstellung der Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates durch Beschränkungen des Ausweisungsrechts. Diese lehnen sich an die Regel des Europäischen Niederlassungsabkommens an, gehen zum Teil aber darüber hinaus. So ist insbesondere die Aufenthaltsfrist, nach deren Ablauf ein erhöhter Ausweisungsschutz gewährt wird, von 10 auf 5 Jahre herabgesetzt worden.

Zu Artikel 3

Absatz 1 sichert den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Persönlichkeitsschutzes Inländerbehandlung zu. Er enthält weiter ein Verbot, diesbezügliche Sondergesetze zu Lasten der Angehörigen des anderen Vertragsstaates zu erlassen.

Die Absätze 2 und 3 regeln die besonderen Fälle der Verhaftung oder Festnahme von Staatsangehörigen eines Staates im Gebiet des anderen Vertragsstaates und enthalten Bestimmungen über die Behandlung, die gerichtliche Anhörung, die Verteidigung, die Haftprüfung und den Verkehr mit dem konsularischen Vertreter. Der konsularische Vertreter hat das Recht, den Verhafteten zu besuchen und mit ihm schriftlich Verbindung zu halten. Die Haftvollzugsbestimmungen dürfen nicht dazu führen, daß dem konsularischen Vertreter „angemessene Möglichkeiten des Zugangs" zu dem Verhafteten und der Rücksprache mit ihm verwehrt werden.

Zu Artikel 4

Artikel 4 stellt die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates vom Militärdienst frei. Die Befreiung erstreckt sich auch auf sonstige öffentliche Dienstleistungen und ersatzweise erhobene Zwangsbeiträge. Hinsichtlich der öffentlichen Sachleistungspflichten wird den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung gewährt; dabei genießen sie die gleichen Garantien und Rechtsmittel wie Inländer, auch in bezug auf die Zahlung einer Entschädigung.

In Ergänzung zu Artikel 4 Abs. 1 des Vertrages regelt Nummer 4 des Protokolls die Wehrdienstpflicht deutsch-griechischer Doppelstaater. Absatz 1 bestimmt, in welchem Staate ein Doppelstaater die gesetzliche Wehrpflicht zu erfüllen hat, und verhindert in Verbindung mit Absatz 3 eine doppelte Heranziehung. Die Absätze 2 und 3 berücksichtigen im übrigen auf Wunsch der griechischen Regierung Vorschriften des griechischen innerstaatlichen Rechts, durch die deutsche Interessen nicht nachteilig berührt werden.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Abs. 1 gewährt den Staatsangehörigen und den Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates einen Mindestschutz ihres Eigentums und einen Schutz gegen behördliche Eingriffe auf der Grundlage der für Inländer geltenden Vorschriften.

Absatz 2 verbietet darüber hinaus diskriminierende Sondervorschriften und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung an Unternehmen.

Absatz 3 sieht vor, daß eine Enteignung nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen Entschädigung erfolgen darf. Die Höhe der Entschädigung steht nicht im Ermessen der enteignenden Behörde. Sie muß dem vollen Wert des entzogenen Eigentums entsprechen. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen im ordentlichen Verfahren nachprüfbar sein. Von der Enteignung ausgenommen sind Schiffe und Luftfahrzeuge (Absatz 5).

Um eine Verwertung der Enteignungsentschädigung im Heimatstaat des Enteigneten zu ermöglichen, sieht Absatz 4 vor, daß auf jeden Fall der Teil des Entschädigungsbetrages frei transferierbar ist, der dem Wert des eingeführten Kapitals und den Erträgnissen, die bis zur Auszahlung hätten ausgeführt werden können, entspricht.

Da der Begriff der Enteignung nach dem Willen beider Vertragsstaaten weit ausgelegt werden soll, war es zur Klarstellung erforderlich, in Nummer 6 des Protokolls näher zu bestimmen, was unter Enteignung im Sinne des Abkommens zu verstehen ist.

Zu Artikel 6

Artikel 6 Abs. 1 sieht vor, daß die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates wie Inländer Zutritt zu allen Gerichten und Amtsstellen des anderen Vertragsstaates haben.

In Absatz 2 wird klargestellt, daß für die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung vom Erfordernis der Sicherheitsleistung das deutsch-griechische Abkommen vom 11. Mai 1938 über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts gilt, das diese Fragen besonders regelt.

Im Protokoll ist unter Nummer 7 zu Artikel 6 Abs. 1 ferner vereinbart, daß die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates schiedsrichterliche Aufgaben erfüllen können.

Zu Artikel 7

Nach Artikel 7 können natürliche Personen und Gesellschaften beider Staaten grundsätzlich jede wirtschaftliche und berufliche Tätigkeit auf der Grundlage der Inländerbehandlung ausüben. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Staates Gesellschaften errichten, sich an ihrer Errichtung beteiligen und Beteiligungen an Gesellschaften erwerben. Auch können die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates in der Leitung und Verwaltung solcher Gesellschaften tätig sein.

Artikel 7 Abs. 5 enthält Einschränkungen der Regelungen der Absätze 1, 2 und 4 für solche Tätigkeiten, die ihrem Wesen nach oder herkömmlicherweise den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten sind. Dazu gehören u. a. der öffentliche Dienst, die Heilberufe, Auswanderungsagenten und Auswanderungsunternehmer. Für Auswanderungsunternehmer ist in einem besonderen Briefwechsel vorgesehen, daß in Erwartung der Gegenseitigkeit die für die Auswanderungsunternehmer nach deutschem Recht erforderliche Erlaubnis mit der gleichen Großzügigkeit wie bisher erteilt wird.

Zu Artikel 8

Artikel 8 behandelt als Sonderbestimmung zu Artikel 7 die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit als Arbeitnehmer. Sie regelt sich grundsätzlich nach den innerstaatlichen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften der Vertragsstaaten.

Die Arbeitserlaubnis darf jedoch in einer Reihe von Fällen nicht versagt werden. So erhalten die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten nach fünfjähriger ununterbrochener Beschäftigung oder nach achtjährigem ununterbrochenem Aufenthalt in dem anderen Lande eine unbefristete Bescheinigung, auf Grund deren sie weder gebietlichen noch beruflichen Beschränkungen in der Ausübung einer unselbständigen Beschäftigung unterliegen. Diese Fristen sollen im Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten weiter verkürzt werden. In Härtefällen kann dem Arbeitnehmer die Bescheinigung auch vor Ablauf der genannten Frist erteilt werden. Für die Ehegatten und minderjährigen Kinder von Arbeitnehmern, die im Besitze einer solchen Bescheinigung sind, verkürzt sich die Aufenthaltsfrist für die Erlangung der Bescheinigung.

Besondere Erleichterungen gelten für leitende Angestellte und für Personen mit besonderen Fachkenntnissen. Lehrpersonen an Hochschulen und öffentlichen Lehranstalten sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern und Assistenten an öffentlich-rechtlichen wissenschaftlichen Instituten ist die zur Ausübung ihrer Tätigkeit etwa erforderliche Erlaubnis zu erteilen.

Ferner ist vorgesehen, daß den zur Durchführung von Montage- und Reparaturarbeiten an gelieferten Anlagen und Maschinen in den anderen Vertragsstaat entsandten Staatsangehörigen bis zur Höchstdauer von 6 Monaten im Jahr eine etwa erforderliche Erlaubnis zur Ausübung dieser Tätigkeit erteilt wird.

Zu Artikel 9

Artikel 9 gewährleistet den Handelsreisenden die freie Ausübung ihrer Tätigkeit im Gebiet des anderen Vertragsstaates und vereinbart Meistbegünstigung hinsichtlich dieser Tätigkeit.

Zu Artikel 10

Artikel 10 bestimmt, daß die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Gebiet des anderen Staates die Dienste von selbständig und unselbständig Tätigen wie Inländer in Anspruch nehmen dürfen. Sie können die Dienste von betriebswirtschaftlichen und technischen Sachverstän-

digen des eigenen Landes ohne Rücksicht darauf in Anspruch nehmen, ob diese den Berufsanforderungen genügen, die im Gebiet des anderen Staates für derartige Sachverständige vorgeschrieben sind.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 bestimmt, daß beim Abschluß von Rechtsgeschäften Inländerbehandlung gewährt wird. Absatz 2 erläutert den Absatz 1 unter Anführung einiger Beispiele.

Eine Einschränkung der Inländerbehandlung enthält allerdings das Protokoll unter Nummer 15 b für den Erwerb von Grundstücken. Nummer 15 a des Protokolls stellt klar, daß es für die Eintragung in das nationale Register darauf ankommt, wer Eigentümer der eingetragenen Schiffe und Luftfahrzeuge ist. Die Inländerbehandlung braucht in einem Vertragsstaat nur gewährt zu werden, wenn Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates Eigentümer sind.

Zu Artikel 12

In Artikel 12 verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Staatsangehörigen und die Gesellschaften des anderen Vertragsstaates auf dem Gebiete der Steuern und Abgaben nach Maßgabe der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung zu behandeln. Nach Nummer 16 des Protokolls findet Artikel 12 auf Zölle und Abgaben jeder Art, die auf Ein- und Ausfuhren erhoben werden, die sich nach den Vorschriften der Artikel II und IV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947, dem die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Griechenland angehören, richten, keine Anwendung.

Zu Artikel 13

Artikel 13 sieht vor, daß öffentliche oder öffentlich kontrollierte Unternehmen im Rahmen ihrer fiskalischen Betätigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates keine Exeption von der Gerichtsbarkeit beanspruchen können oder besondere Privilegien genießen. Dieser Grundsatz entspricht der modernen Entwicklung im Völkerrecht.

Zu Artikel 14

Artikel 14 enthält in Absatz 1 eine Begriffsbestimmung der „Gesellschaften".
Absatz 2 verbürgt die gegenseitige Anerkennung des rechtlichen Status von Gesellschaften.

Zu Artikel 15

Artikel 15 verbietet diskriminierende Maßnahmen, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffahrt des anderen Vertragsstaates führen und die Flaggenwahl entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen können. Das Diskriminierungsverbot, das den von der OEEC aufgestellten Grundsätzen entspricht, gilt auch für die Beförderung von Fahrgästen und Waren.

Zu Artikel 16

Artikel 16 behandelt die Nationalität der Schiffe und regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmeßbriefe.

Zu Artikel 17

Nach Artikel 17 gewährt jeder Vertragsstaat den Schiffen des anderen Vertragsstaates in seinen Häfen und hinsichtlich des Rechts, Fahrgäste und Ladung zu befördern, Inländerbehandlung und Meistbegünstigung.

Zu Artikel 18

Artikel 18 legt fest, daß die unter der Flagge des einen Vertragsstaates beförderten Waren im Verkehr zwischen den beiden Vertragsstaaten die gleichen Vergünstigungen genießen, wie die Waren unter der Flagge des anderen Vertragsstaates.

Zu Artikel 19

Artikel 19 regelt die Freiheit der Durchfuhr von Waren einschließlich des Gepäcks und der Beförderungsmittel aller Art im Bezug auf die Durchfuhrformalitäten, die Zollbehandlung und sonstige Durchfuhrbelastungen.

Zu Artikel 20

Artikel 20 behandelt Schutz und Beistand bei Strandung und Schiffbruch im Gebiet des anderen Vertragsstaates.

Zu Artikel 21

Artikel 21 regelt das Recht der Anheuerung von Seeleuten und deren Durchreise durch das Gebiet des anderen Vertragsstaates.

Zu Artikel 22

Artikel 22 gibt die Sachgebiete an, auf denen die Bestimmungen über Inländerbehandlung und Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Schiffahrt keine Anwendung finden, z. B. hinsichtlich der seemännischen Dienste in den Häfen, der Küsten- und Binnenschiffahrt und des Fischfanges in den Hoheitsgewässern. Nach Nummer 18 des Protokolls ist unter „Küstenschiffahrt" auch die sogenannte Anschlußkabotage zu verstehen, nämlich jeder Transport von Waren, die unmittelbar oder mittelbar in den Häfen des einen der Vertragsstaaten umgeladen werden, um zu einem anderen Hafen desselben Vertragsstaates transportiert zu werden. Daß auch die innerstaatlichen — es handelt sich hier insbesondere um die deutschen — Vorschriften über die Auswanderung und über die Beförderung von Auswanderern durch den Vertrag nicht berührt werden, ist in besonderem Briefwechsel festgelegt, der Bestandteil des Vertrages ist.

Zu Artikel 23

Artikel 23 schließt die Kriegsschiffe von den Bestimmungen dieses Vertrages aus.

Zu Artikel 24

Artikel 24 nimmt von der im Vertrag vereinbarten Verpflichtung zur Meistbegünstigung eine Reihe von Vergünstigungen aus; es sind dies u. a. Vergünstigungen, die sich aus Abkommen zur Erleichterung des Grenzverkehrs, aus Verträgen über die

Errichtung von Zollunionen und Freihandelszonen sowie aus Vereinbarungen auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt und der Doppelbesteuerung ergeben.

Zu Artikel 25

In Artikel 25 wird ein Grundgedanke des Vertrages fixiert. Es wird festgestellt, daß die gewährte Inländerbehandlung wechselbezüglichen Charakter hat.

Zu Artikel 26

Artikel 26 sieht vor, daß die Bestimmungen dieses Vertrages etwa günstigeren Regelungen für Staatsangehörige und Gesellschaften der beiden Vertragsstaaten nicht entgegenstehen.

Zu Artikel 27

Nach Artikel 27 ist in allen Fällen, in denen der Vertrag gleichzeitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt, die günstigere Behandlung anzuwenden.

Zu Artikel 28

Artikel 28 befaßt sich mit der Austragung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten. Wenn die in Absatz 1 vorgesehene Konsultation zu keiner Lösung geführt hat, soll auf Antrag einer Partei ein Schiedsgericht entscheiden. Die vorgesehenen Bestimmungen über die Benennung der Schiedsrichter und das Verfahren entsprechen der in derartigen internationalen Verträgen üblichen Fassung.

Zu Artikel 29

Der Vertrag soll auch im Land Berlin gelten. Artikel 29 enthält daher die für internationale Verträge vorgesehene Berlin-Klausel.

Zu Artikel 30

Artikel 30 enthält die Vorschriften über Inkrafttreten und Beendigung des Vertrages.

Zu dem Vertrag gehört als integrierender Bestandteil ein Protokoll, das zu einer Anzahl von Artikeln ergänzende Vereinbarungen, Erläuterungen und Auslegungen gibt.

Die Briefe Nummer 2 und 6 sind ebenfalls integrierender Bestandteil des Vertrages.

Zur Kenntnis des Hohen Hauses sind 4 weitere Briefe beigefügt, die nicht in das Ratifikationsverfahren einbezogen werden sollen, da sie sich nicht auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Anlage
zur Denkschrift

Briefwechsel

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Bei den Verhandlungen über den Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag, die zwischen der deutschen und der griechischen Delegation vom 5. bis 26. Februar 1960 in Bonn stattgefunden haben, äußerte die griechische Delegation den Wunsch, gewisse Bestimmungen über die Befugnisse der Konsuln in Schiffahrtsangelegenheiten in den Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag aufzunehmen. Die deutsche Delegation war der Auffassung, daß derartige Bestimmungen einem allgemeinen Konsularvertrag vorbehalten bleiben sollten. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, mit der Regierung des Königreichs Griechenland alsbald in Verhandlungen über den Abschluß eines Konsularvertrages einzutreten, der alle beide Staaten auf dem Gebiet des Konsularrechts interessierenden Fragen, darunter insbesondere auch die Befugnisse der Konsuln in Schiffahrtsangelegenheiten, regeln soll. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der griechischen Regierung in Kürze einen Termin für den Beginn der Verhandlungen vorschlagen. Inzwischen werden beide Regierungen diese Fragen so wie bisher nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und der üblichen Staatenpraxis behandeln.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen bei der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für angezeigt erachtet, zu dem Vertrag folgendes klarzustellen:

Bei der Aufstellung — unter Nr. 11 b des Protokolls (das Bestandteil des am heutigen Tag unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrages ist) — der Liste der Berufe und Tätigkeiten, auf welche die Inländerbehandlung nicht angewandt wird, ist die Möglichkeit der Entstehung außergewöhnlicher Situationen erwogen worden, die für die Wirtschaft der beiden Länder von grundlegender Bedeutung sind. Da solche Situationen nicht bereits jetzt vorausgesehen werden können, haben wir uns im Namen unserer beiden Regierungen über folgendes verständigt: Wenn eine der beiden Regierungen der Auffassung ist, daß eine derartige Situation besteht und eine Maßnahme zum Schutz der Interessen ihrer Volkswirtschaft getroffen werden sollte, werden die beiden Regierungen in Verhandlungen über eine Erweiterung der genannten Liste eintreten.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Bei den Verhandlungen über den Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag, die zwischen der deutschen und der griechischen Delegation vom 5. bis 26. Februar 1960 in Bonn stattgefunden haben, sind beide Delegationen namens ihrer Regierungen übereingekommen, daß ihre Regierungen im Falle einer Assoziierung des Königreichs Griechenland mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Verhandlungen aufnehmen werden, um den Artikel 24 Buchstaben b) und c) des Vertrages im Hinblick auf die neugeschaffene Lage zu überprüfen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen bei der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für angezeigt erachtet, zu dem Vertrag folgendes klarzustellen:

Im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden besonderen Vorschriften, die den Kraftfahrzeugverkehr Beschränkungen unterwerfen, beehre ich mich, Ihnen im Namen meiner Regierung zu versichern, daß meine Regierung keine Beschränkungen für den Verkehr griechischer Kraftfahrzeuge im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland anordnen wird, bevor sie Verhandlungen über die Zahl der zugelassenen griechischen Kraftfahrzeuge mit der Königlich Griechischen Regierung geführt hat. Die besondere Lage Griechenlands wird dabei berücksichtigt werden.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti